



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 1

Januar 1973

AIB-Aktuell

S. 2 – 3

Israel

Jürgen Ostrowsky:
Israels Expansionsstrategie im Nahen Osten

S. 3 – 5

Türkei

Verband türkischer Lehrer in der BRD und in Westberlin

S. 5 – 9

BRD/UNO

Jürgen Ostrowsky:
BRD-Mitgliedschaft in der UNO und das südliche Afrika

S. 10 – 11

Südafrika

M. Williams-Shope, R. E. Simons:
Appell an die Solidarität mit den südafrikanischen Arbeitern

S. 12 – 18

Portugiesische Kolonien

Jürgen Ostrowsky:
Kapitalinteressen, Regierungspolitik und Meinungsbildung
in der BRD

S. 19 – 24

Kurzinformation

S. 24 – 27

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB - AKTUELL

In einem Rundbrief der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" vom 21.12.1972 sind eine Reihe wichtiger Informationen und Argumente enthalten, deren Kenntnis u.E. eine richtige Einschätzung der gegenwärtigen Ereignisse in Vietnam wesentlich erleichtert. In dem Rundbrief heißt es u.a.:

"Mit ungeheuren Lügen und Unterstellungen versuchen US-Präsident Nixon und seine Handlanger der Weltöffentlichkeit einzureden, die Vertreter der DRV und der PRR bei den Pariser Vietnam-Gesprächen seien kriegslüsternd und hartnäckig. Die US-Regierung will davon ablenken, daß sie es ist, die die Unterzeichnung des Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam hintertrieben hat. Um die Täuschungsmanöver der US-amerikanischen Propaganda entlarven zu können, ist es wichtig, über folgende Fakten Klarheit zu schaffen.

1. Am 20. Oktober 1972 einigten sich die Vertreter der DRV und der USA auf das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam (Neun Punkte Abkommen)
2. Am 22. Okt. bestätigte US-Präsident Nixon in einer persönlichen Botschaft an den DRV Ministerpräsidenten Pham Van Dong, der Abkommenstext sei so in Ordnung, und Nixon schlug von sich aus den 31. Okt. 1972 als Unterzeichnungstermin vor.
3. Die US-Regierung weigerte sich dann bekanntlich Woche für Woche mit faden-scheinigen Begründungen, das schon vereinbarte Abkommen, auf das Nixon sich festgelegt hatte, zu unterschreiben. Immer wieder betonte die US-Propaganda, es handle sich lediglich um Kleinigkeiten.
4. Um den guten Willen der DRV zu demonstrieren, begab sich der nordvietnamesische Vertreter, Le Duc Tho, erneut nach Paris, um über eventuelle Kleinigkeiten zu verhandeln.
5. Von Verhandlungstag zu Verhandlungstag stellte sich aber immer mehr heraus, daß die USA nicht nur einzelne Formulierungen, sondern das Abkommen insgesamt in Frage stellten. Die US-Vertreter stellten nachträglich 126 Abänderungsanträge. Darunter folgende schwerwiegende Verstöße gegen das bereits vereinbarte Abkommen:

a) Die nordvietnamesischen Truppen müßten sich aus Südvietnam zurückziehen.

Dazu ist festzustellen: Im "Neun Punkte Abkommen" ist dieses Problem nicht behandelt. Im übrigen gibt es nur einen Aggressor in Vietnam: die USA. Die Vietnamesen haben das fundamentale Recht, ihre Heimat gegen den Aggressor zu verteidigen.

b) Der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht, der laut Abkommenstext die Einhaltung des Abkommens überwachen und freie Wahlen vorbereiten soll, soll nicht, wie vorgesehen, "von drei gleichen Parteien ... eingesetzt werden" (Saigoner Regierung, Provisorische Revolutionäre Regierung und Neutralisten), sondern nur von zwei Parteien (Saigoner Regierung und "andere")

Dazu ist festzustellen: Mit diesem Manöver wollen die USA die Existenz der Provisorischen Revolutionären Regierung ignorieren. Außerdem, so verlangen die USA, soll dieser Nationale Rat nur noch die freien Wahlen vorbereiten. Freie Wahlen kann man aber nicht vorbereiten, wenn das Abkommen nicht eingehalten wird.

c) Die USA verlangen eine "entmilitarisierte Zone" am 17. Breitengrad, ähnlich wie beim Genfer Abkommen von 1954.

Dazu ist festzustellen: Die militärische und politische Lage ist heute ganz anders als 1954. Ganze Provinzen und weite Teile Südvietnams, also südlich des 17. Breitengrades, werden heute von der PRR verwaltet. Die Benennung des 17. Breitengrades als "entmilitarisierte Zone" würde eine Teilung Vietnams dokumentieren. Im § 1 des vereinbarten Abkommens heißt es aber: "Die Vereinigten Staaten respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams..."

d) Die USA behaupten, die vietnamesische Seite wolle keine internationale Kontrollkommission.

Dazu ist festzustellen: Die DRV-Vertreter und die PRR wehren sich lediglich dagegen, daß die USA im Nachhinein versuchen, Truppenkontingente in großer Zahl in jeder Region zu stationieren. Das Genfer Abkommen dagegen zeigt, daß die Erfüllung eines Abkommens hauptsächlich von den kriegführenden Parteien abhängt. 1954 haben die Franzosen und die Vietnamesen, bei einer kleinen Besetzung der Internationalen Kontrollkommission, sich an die Vereinbarungen gehalten und die "Regruppierung" war nach 300 Tagen abgeschlossen.

e) Kissinger behauptet nur, es gebe keine Übereinstimmung zwischen der amerikanischen und der vietnamesischen Fassung des vereinbarten Abkommens.

Dazu ist festzustellen: Herr Kissinger ist mit einem großen Aufgebot von Experten, darunter vielen, die die vietnamesische Sprache perfekt beherrschen, nach Paris gekommen. Sollte die USA wirklich mit einem Partner ein Abkommen ausgehandelt und die Richtigkeit bestätigt haben, ohne zu diesem Zeitpunkt den Wortlaut der anderen Seite gekannt zu haben?

Der Präsident der USA, Nixon, und seine Helfer sind Betrüger! Sie wollen mit der verstärkten Bombardierung dem vietnamesischen Volk einen Frieden zu US-amerikanischen Bedingungen aufzwingen. Immer eindringlicher fordert die Weltöffentlichkeit die unverzügliche Unterzeichnung des im Oktober vereinbarten Abkommens..."

Inzwischen sieht sich die US-Regierung gezwungen, ihre Bombardierungen der DRV nördlich des 20. Breitengrades einzustellen und die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dies ist ausschließlich auf zwei Faktoren zurückzuführen:

1. Die Luftabwehr der DRV hat den US-Luftpiraten die bisher schwersten Verluste zugefügt: Innerhalb von knapp zwei Wochen wurden 81 Flugzeuge, darunter 34 achtstrahlige Düsenbomber B 52 abgeschossen.

2. Durch die bisher offensichtlichste Manifestation ihrer Brutalität, durch die bisher klarste Selbstentlarvung ihrer diplomatischen Täuschungsmanöver hat sich die Nixon-Regierung im In- und Ausland völlig isoliert, hat sie jegliche Glaubwürdigkeit verloren und in der ganzen Welt Empörung, Verachtung und Proteste (selbst von Regierungschefs kapitalistischer Staaten) hervorgerufen. Die Regierung des BRD-Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt dagegen hat durch ihr Schweigen ihre Position als engster Verbündeter des US-Weltgendarmen erneut bestätigt.



aus ED v. 29.12.72

Nach wie vor ist höchste Wachsamkeit geboten: Die Nixon-Regierung ist - wie die vergangenen Wochen uns nur allzu deutlich machten - zu jedem Betrugsmanöver, zu jedem Verbrechen fähig. Nur massivster politischer Druck wird sie dazu bringen, das Abkommen vom 20. Okt. 1972 zu unterzeichnen. Die Hauptaufgabe der westdeutschen Solidaritätsbewegung wird es dabei sein, durch die Mobilisierung all jener, die in den letzten Wochen viele Illusionen über die Vietnam-Politik der USA verloren haben, die Bundesregierung endlich zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen.

ISRAEL

Jürgen Ostrowsky :

Israels Expansionsstrategie im Nahen Osten

Am 22. November 1972 waren fünf Jahre vergangen, seitdem der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution den Abzug aller israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Garantie der territorialen Integrität aller Staaten im Nahen Osten forderte und damit eine Basis für die friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den arabischen Völkern geschaffen hatte. Kurz darauf endete die Nahost-Debatte der Vereinten Nationen mit einer scharfen Verurteilung Israels wegen Nichteinhaltung früherer Resolutionen und der Aufforderung an alle Länder, "Hilfsmaßnahmen und andere Handlungen zu unterlassen, die auf eine Anerkennung der israelischen Besetzung arabischen Territoriums hinauslaufen" (FR v. 11.12.72). Weiterhin wurden alle Veränderungen, die Israel in diesen Gebieten vor-

genommen hat, als Verstoß gegen die Genfer Konvention und damit für null und nichtig erklärt.

Mit dieser Resolution reagierten die Vereinten Nationen auf drei Haupterscheinungen der letzten Zeit:

- Die Eskalation des israelischen Terrors in den besetzten Gebieten und gegen die Nachbarstaaten;
- die vorangetriebene Annexion der besetzten Gebiete, und
- die fortgesetzte Unterstützung Israels durch die imperialistischen Länder, darunter die BRD.

Israel vermag sich bei seinen Aktionen auf eine wohlwollend orientierte Presse in den meisten verbündeten Ländern zu stützen.

Speziell in der BRD nutzen pro-israelische Kreise zynisch das in jeder Beziehung gepflegte Trauma "Antisemitismus" aus, um jegliche Kritik an der israelischen Politik diesem Verdikt verfallen zu lassen. Das Image vom Kampf eines "kleinen, tapferen Volkes" beherrscht als eine Art "David-Syndrom" die pro-israelische Propaganda; so vermochten die herrschenden Kreise Israels den wahren Charakter des Juni-Krieges von 1967 ebenso zu verschleiern wie den der Aggression von 1956, die mit englischer und französischer Unterstützung organisiert worden war. Der Popanz der "Einkreisung" durch die arabischen Nachbarstaaten wurde aufgebaut, um die eigene Aggression als Defensive, oder besser "Vorwärtsverteidigung" zu kaschieren. Diese Positionen erhalten in der BRD dann besonderen Auftrieb, wenn ihnen Unternehmungen einzelner arabischer Gruppen zu Hilfe kommen wie die Kommandoaktion von München oder die durch die Entführung einer Lufthansa-Maschine erzwungene Freilassung der seinerzeit verhafteten Attentäter: Im heuchlerischen Entrüstungsgeschrei der Presse geht das israelische Massenmorden während seiner "Vergeltungsschläge" (gegen wen?) in Form von Kleinmeldungen unter. Die "Bilanz" dieser nach beiden Aktionen und inzwischen kontinuierlich durchgeführten Angriffsakte: mehrere hundert Tote, fast ausschließlich Zivilisten - Frauen, Kinder, alte Leute - im Libanon und Syrien; hunderte Verletzte und Verstümmelte. Regierungen wie die der BRD beantworteten diese Verbrechen mit der Diskriminierung fortschrittlicher Kräfte, die gegen den israelischen Expansionismus Stellung nehmen und mit Polizeiaktionen gegen sie.



Hauptverbündeter der israelischen Expansionisten sind die USA. Stets erfolgten UN-Resolutionen gegen die israelische Aggression und Okkupation gegen ihre Stimme; zur Dezember-Resolution erklärte Washington, sie laufe seiner Politik zuwider und könne sie nicht beeinflussen. Andere Verbündete Israels wie die Republik Südafrika (vgl. hierzu AIB Nr 10/1972) charakterisieren diese internationale Allianz gegen Frieden und Menschlichkeit. Auch mit der Saigoner Marionetten-Regierung will Israel diplomatische Kontakte aufnehmen.

Die Annexion der 1967 eroberten Gebiete stellt für Israels herrschende Kreise den Kern ihrer langfristigen Strategie dar. Bereits 1967, vor dem Junikrieg, wurde der Generaldirektor der israelischen Ölgesellschaft, Netiti Naft, darüber informiert, daß man ihn mit der Ausbeutung der Sinai-Ölfelder zu betrauen gedenke ("Daily Ha'aretz" v. 8.11.1971, nach UZ Nr. 48/1972). Neueste Variante dieser immer weitergehenden Einverleibung erobelter Gebiete ist die Politik der Regierung mit Steuervergünstigungen und Finanzhilfen Industrieunternehmen dazu zu veranlassen, in den annektierten Gebieten größere Betriebe zu installieren, die nicht so leicht wie die bislang dorthin gebrachten kleineren Betriebe zu demontieren seien (FR v. 10.10.72). Zur Absicherung dieser "Erschließung" werden Tausende von noch innerhalb Israels lebenden Arabern vertrieben, im Gaza-Gebiet allein etwa 15 000; ihre Behausungen, elend genug, wurden zerstört, etwa 3 000. Das war bereits 1971. Am 16. März 1972 erklärte Kriegsminister Dajan in der Knesseth, dem israelischen Parlament, man habe bis zu diesem Zeitpunkt in Jordanien, auf den (syrischen) Golan-Höhen und im Gaza-Streifen bereits 39 israelische Siedlungen, die meisten nach dem Schema der Kibbuzim, der von gewissen Ideologen für eine Form von Sozialismus gehaltenen Wehrsiedlungen, errichtet.

Die Repression gegen die etwa 400 000 Araber innerhalb des gesamten z.Zt. israelischen Gebietes verschärft sich immer weiter, insbesondere nach der Aufdeckung einer Untergrundorganisation, in der arabische und jüdische Israelis zusammengearbeitet hatten. Eine neue Form ersannen verschiedene Knesseth-Abgeordnete, um die arabische Bevölkerung weiter zu demoralisieren und den Widerstand zu ersticken: Die Todesstrafe solle wieder eingeführt werden,

gefangene Guerillas seien zum Tode zu verurteilen, dann lebenslänglich zu inhaftieren und im Falle von Geiselnahmen durch arabische Terroristen hinzurichten (TIME v. 25.9.72). Diese Demontage letzter rechtsstaatlicher Prinzipien propagieren Regierungsvertreter, die die erzwungene Attentäter-Freilassung durch die BRD als "an Feigheit (grenzend) und einer aufgeklärten, zivilisierten Gesellschaft unwürdig" apostrophierten (Der stellv. Ministerpräsident Allon laut SPIEGEL Nr. 46/72, S. 120). Zu den Methoden der Absicherung der israelischen Eroberungen zählt nicht zuletzt die militärische. Um der Knesseth-Resolution vom 16. März 1972, "daß das historische Recht des jüdischen Volkes auf Palästina unerschütterlich" sei, Nachdruck zu verleihen, verstärkten Israels Militärverbände ihre Aggressionen an allen Fronten. Mit offenem Zynismus "argumentierte" Generalstabschef Elazar: "Ein Land wie Syrien, das den Fedajin uneingeschränkte Unterstützung gewährt, könne über einen israelischen Angriff nicht erstaunt sein" (FR v. 1.11.72). Und wenige Tage zuvor hatten Militärkreise mitgeteilt, daß man mit dem Blick auf das als "'historische' Geste der Unterstützung" empfundene Veto der USA zur UNO-Resolution gegen Israels "Vergeltungsaktionen" in Zukunft "statt mit Vergeltungsschlägen mit einer Art 'Vorwärtsverteidigung' zu operieren gedenke" (FR v. 17.10.72).

Unverblümt stellte die pro-expansionistische Zeitschrift "Ha'aretz" Springer & Co. bloß: Um eventuellen Vereinbarungen über die Nahost-Frage zuvorzukommen, habe man mit den Terrorangriffen vollendete Tatsachen vorbereiten wollen - die Angriffe in Syrien hätten schließlich laut Regierungskreisen gar nicht den Guerillas, sondern dem Luftabwehrsystem von Damaskus gegolten, um eindeutig Israels Vorherrschaft zu demonstrieren und die Anerkennung der Okkupation zu erzwingen.

Da hierzu auch die endgültige Zerschlagung der Befreiungsbewegung gehört, plant Israel die Eskalation seiner Aggression sowohl in internationalem Maßstab - Gegenterror im europäischen Untergrund - als auch gegen ein Hinterland, nämlich den Libanon, wofür freilich "peinlich präzise Vorbereitungen und eine außenpolitisch günstige Konjunktur" Voraussetzungen seien (SPIEGEL Nr. 47/72, S. 138ff.) Für beides verfügen Israels Militärs und Geheimdienste über einschlägige Erfahrungen, so durch blutige Überfälle eines Kommandos "101" auf ägyptisches und jordanisches Territorium zu Beginn der fünfziger Jahre, die Ermordung feindlicher Agenten und westdeutscher Raketentechniker in ägyptischen Diensten, den Suez-Überfall und zahlreiche weitere völkerrechtswidrige Aktionen.

TÜRKEI

Verband türkischer Lehrer in der BRD und in West - Berlin :

ZUR FRAGE DES MUTTERSPRACHLICHEN UNTERRICHTS BEI TÜRKISCHEN ARBEITERKINDERN UNTER DEN VERSCHÄRFTEN BEDINGUNGEN NACH DER ANKUNFT DER "REGIERUNGSLEHRER" DES TÜRKISCHEN MILITÄRREGIMES

In der Türkei gibt es 48% Analphabeten (1965). Nur 73% der Kinder können eine Schule besuchen. 13.000 Dörfer haben überhaupt keine Schule. Weniger als 20% der türkischen Schüler können hoffen, die fünfjährige Grundschule abzuschließen, etwa 8% von ihnen erreichen die Mittelschule und

etwa 6% davon besuchen Hochschulen. Der Staatssekretär im nationalen Erziehungsministerium Tugray erklärte in seinem Rücktrittsgesuch Mitte Oktober: "Das nationale Erziehungsministerium hat die Bildungsreformen, die man von ihm erwartet, vernachlässigt. Es hat einige Leute wegen ihrer politischen Tendenz eingestellt und befördert. Diese Maßnahmen hatten eine Polarisierung innerhalb der Lehrerschaft zur Folge."¹⁾

Die türkische Lehrerschaft hat nach der nationalen Befreiung (1923) bei der Entwicklung der Türkei eine wichtige Rolle gespielt. Ein Wendepunkt in der Bildungspolitik war die Errichtung von "Dorf-Instituten", ein Versuch, die armen Bauernkinder polytechnisch und pädagogisch zu unterrichten, und sie zu Lehrern in ihren eigenen Dörfern zu erziehen. Dieser Schritt zur verstärkten Beteiligung der Landbevölkerung am modernen agrar- und handwerklichen Produktionsprozeß und zur Überwindung des Lehrermangels hatte sieben Jahre Erfolg gezeigt. 17.000 Lehrer und 4.000 Doktoren qualifizierten sich. Die Verwalter und Lehrer dieser Institute wurden aber von einer privilegierten Oberschicht und von islamisch - fanatischen Kreisen als "Kommunisten" angeklagt, verbannt und eingekerkert. Schließlich wurden diese Lehreinrichtungen 1950 von der "Demokratischen Partei" geschlossen. Die große Mehrheit der türkischen Lehrer war seit der offiziellen Abkehr von den fortschrittlichen Grundsätzen Atatürks den Regierungen ein Dorn im Auge. [...]

Der Druck auf die Lehrerschaft erreichte jedoch nach dem 12. März 1971 seit der faktischen Machtübernahme durch die hohen Militärs andere Dimensionen. Ein Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei (CHP) aus İçel erklärte neulich im Parlament, daß mit der sogenannten "Keule-Operation" vom Ministerpräsidenten Erim 3.510 Lehrer wie Haschisch-Schmuggler in ihren Häusern aufgesammelt wurden. 1.517 wurden 2-3 Tage festgehalten. Bis auf 29 wurden die anderen eine Woche festgehalten."²⁾

Nach dem Verbot der Türkischen Lehrergewerkschaft wurden 104 TÖS Mitglieder, darunter der bekannte Schriftsteller und Vorsitzende, Fakir Baykurt, sowie zahlreiche Vorstandsmitglieder, wegen "kommunistischer Propaganda", "Unterstützung und Schürung der Anarchie", wegen "Besitz verbotener Bücher" angeklagt. Der Prozeß dauert noch an. [...]

Die ökonomischen Verhältnisse und die politische Verfolgung veranlaßten über 10.000 Lehrer die Türkei zu verlassen. Weitere 10.000e warten darauf.³⁾ Sie sind vorwiegend in der Bundesrepublik Deutschland als Hilfsarbeiter in der Industrie tätig. Allein nach West-Berlin kamen über 300 türkische Lehrer. Durch die Initiative des Verbandes türkischer Lehrer⁴⁾ konnten über hundert von ihnen als Lehrer für den

6. Unterricht ausländischer Kinder angestellt

werden. Der Einstellung von pädagogisch nicht ausgebildeten Personen (die meistens lukrativen Nebenbeschäftigungen nachgingen wie Reisebüro, Taxiunternehmen, etc) konnte zum Teil mit Erfolg entgegengewirkt werden.⁵⁾ Von allen anderen ausländischen Vertretungen unterschieden sich die türkischen Behörden durch ihre "Beziehungslosigkeit zu den ungelösten Schulproblemen der türkischen Arbeiterkinder."⁶⁾ Ebenso auffallend war ihre beharrliche Haltung, "daß kein türkischer Lehrer von den deutschen Schulverwaltungen eingestellt werden darf, der nicht aus der Türkei direkt vermittelt wurde."⁷⁾

So versuchte das türkische Konsulat in West-Berlin die türkischen Lehrer als "Kommunisten" oder als "wegen Sittlichkeitsverbrechen in der Türkei vom Schuldienst entlassen" darzustellen.

Zur Vorbereitung einer Demonstration am 12.9.71 für die Unterstützung der türkischen Armeen und des Militärregimes in der Türkei wurde in West-Berlin die Deutschland-Sondernummer von "Yeniden Milli Mücadele (Neuer Nationaler Kampf) in Tausenden von Exemplaren verteilt. In dieser Zeitschrift, die auch in den Räumen des türkischen Generalkonsulats auslag, wurde erklärt:

"Die meisten Lehrer, die aus der Türkei



nach Deutschland geschickt oder auf verschiedenen Wegen herangezogen wurden, sind zu Propagandisten perverser Ideologien geworden. Es ist notwendig, daß unsere Regierung nach Deutschland besser ausgebildete, mit den nationalen Werten enger verbundene und zum Kampf mit perversen Ideen fähigere Lehrer schickt."⁸⁾

Der militante islamisch-fanatische Kultur- und Solidaritätsverein, der Mitträger dieser Demonstration, setzt die Hetzkampagne gegen die türkischen Lehrer fort. Unter der Überschrift "Die Kommunisten propagieren das Heidentum" schreibt sein Organ Nizam: "Die zahlenmäßig bekannten Kommunisten in Deutschland, die an den Schulen, in denen sich türkische Kinder befinden, als Lehrer tätig sind, führen im Unterricht systematisch Propaganda für das Heidentum durch - gegen das Verhalten dieser Lakaien von Rußland und China, die keine Religion kennen, werden sowohl von deutscher, als auch von türkischer Seite keine Schritte unternommen. Diese Perversen tun, was sie wollen. Diese Gekauften, die in den Unterrichtsstunden den türkischen Kindern das Heidentum aufzwingen, machen selbstverständlich Propaganda gegen die Türkei, tadeln die türkische Nation und loben Rußland und China."⁹⁾

Mitte Oktober 1972 stellte die türkische Regierung 29 "nach Bildungsniveau und Charakter hochwertige"¹⁰⁾ Lehrer für die Lehrtätigkeit in der Muttersprache in West-Berliner Schulen ein. Diese "Regierungslehrer" werden gewöhnlich aus einer langen Bewerberliste nach Kriterien der Regimetreue und Beziehungen ausgesucht. Sie sind meistens Beamte der Schulverwaltung, [...] haben Diplomantenpässe [...] und erledigen im Konsulat Büroarbeiten. Diesen Status benutzen sie als Druckmittel gegen die Eltern, damit die Kinder ihren Unterricht besuchen. ("Regierungslehrer" zu den Kindern: "Wenn ihr nachmittags nicht zu mir kommt, verlängert das Konsulat die Pässe eurer Eltern nicht" oder "Wenn ihr nachmittags nicht zu mir kommt, bekommen eure Eltern 1 000 DM Geldstrafe.")¹¹⁾ Ein anderes Druckmittel ist die Drohung mit der Nichtanerkennung der deutschen Schulzeugnisse in der Türkei bei Nicht-Teilnahme an ihrem Unterricht. Für die Teilnehmer werden "zweimal im Jahr vor den Märzferien und am Ende des Schuljahres Arbeitszeugnisse ausgehändigt, so daß diese Zeugnisse später bei der Rückkehr in die Türkei in der Hand ihres Kindes eine endgültige Bescheinigung darstellen. (Mit dieser Bescheinigung kommt das Kind in die Klasse, die es verdient hat.)"¹²⁾

Besonders an Samstagen, wo die meisten türkischen Arbeiter ins Türkische Generalkonsulat kommen, um ihre Angelegenheiten zu erledigen, halten "Regierungslehrer vor ihnen Reden und drohen mit Paßschwierigkeiten

und Nichtanerkennung der Schulzeugnisse in der Türkei. Ein türkischer Lehrer, der zufällig da war und Fragen stellte, wurde vom Generalkonsul mit Gewalt hinausgeworfen.

"Regierungslehrer" versuchen auch, ihre vom Senat angestellten Kollegen vor den Kindern und Eltern zu diskriminieren. ("Wieviel Gehalt bekommt der andere türkische Lehrer von den Deutschen?" oder "Diese türkischen Lehrer werden von den Deutschen bezahlt; deshalb halten sie zu den Deutschen") und sie fordern zum Boykott auf. ("Ihr sollt nicht vormittags zu den anderen türkischen Lehrern gehen.") Weder fehlen Empfehlungen zur Aufhebung der Entfremdung, ("Ihr sollt keine ausgestellten Hosen tragen wie die deutschen Schüler. Wir lassen uns nicht germanisieren.") noch versteckte Hinweise zur Religiosität ("Ihr sollt mich nicht stören, ich faste.")

In einer Elternversammlung an einer West-Berliner Grundschule forderten die Eltern nach der Rede einer "Regierungslehrerin" vollen Unterricht in türkischer Sprache auch am Vormittag und drohten andernfalls mit Boykott des Regelunterrichts entgegen den Ausführungsvorschriften. Die schematische Anwendung der Ausführungsvorschriften in einem Bezirk wo der muttersprachliche Unterricht am Vormittag an Grundschulen beinahe untersagt wird, unterstützt die "Regierungslehrer", ihre Autorität aufzubauen, und errichtet psychologische Barrieren gegen die Integration bei türkischen Eltern.

Die Existenz der "Regierungslehrer" hinterläßt ihre Spuren organisatorisch auch im regulären Unterricht. Ein Schulleiter schlug den türkischen Lehrern, die vom Senat eingestellt wurden, vor, daß sie nur bis 12.00 Uhr unterrichten. Ab 12.00 Uhr sollten die Regierungslehrer unterrichten. In einer anderen Schule wurde eine Klasse, die einen neuen Lehrer bekommen sollte, aufgeteilt. Der Unterricht wurde um die Unterrichtsdauer der "Regierungslehrer" verkürzt. Schulämter könnten dazu neigen, zur Zeit keine türkischen Lehrer mehr einzustellen, mit der Annahme, daß der Lehrbedarf für die türkischen Kinder durch die "Regierungslehrer" gedeckt sei.

WIR SIND EINE MILITÄRISCHE NATION

Die türkische Nation ist eine militärische Nation. Die Türken haben im Militär und im Kriegsführen großes Ansehen. Unsere Armeen, die von Krieg zu Krieg eilten, haben ihre Feinde immer besiegt. Hundert Jahre lang hat unsere Fahne auf drei Kontinenten geweht. Unsere Armeen, wohin sie gegangen sind, sind im Siegesmarsch zurückgekommen.

Attilas, Yildirims, Fatihs, Yavuz', Kanuniks, Atatürks sind große militärische Helden, die unsere Nation geschaffen haben. Einst wurde das Mittelmeer von Barbarossas, Turgut Kapitänen zu einer türkischen See gemacht. Atatürk sagte: "Ein Türke ist die Welt wert." Ein türkischer Soldat ist auch eine Armee wert. Der Türke hat im Çanakkalekrieg, im Befreiungskrieg und im Koreakrieg sein großes Ansehen noch einmal gezeigt.

Denn wir sind eine militärische Nation. Militarismus, Ehre haben wir von unseren Vätern geerbt. Solange die Welt besteht, bleiben wir so.

Die türkischen Kinder, die heranwachsen, werden den Mut und die Überlegenheit zeigen, die ihre Väter gezeigt haben. Das Blut in ihren Adern ist von ihren Vätern.

(Dieser Text wurde einem Lehrbuch entnommen, das vom Nationalen Erziehungsministerium für die 2. Klasse der Grundschule empfohlen wurde.) 13)

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die Beschäftigung der "Regierungslehrer" vielfältige Probleme pädagogischer und politischer Art entstehen:

- a) besonders für die jüngeren Kinder bedeutet der zusätzliche Unterricht am Nachmittag eine unzumutbare Belastung;
- b) eine nationalistische und militaristische Erziehungsweise erschwert die Integration der türkischen Kinder;
- c) die "Regierungslehrer" versuchen, auf die demokratisch gesinnten türkischen Eltern Druck auszuüben;
- d) sie gefährden die Sicherheit der türkischen demokratischen Lehrer.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 3.12.71 besagt: "Die ausländischen Schüler sollen die Möglichkeiten haben, auch am muttersprachlichen Unterricht teilzunehmen. Er wird in der Regel durch Lehrer des Heimatlandes erteilt. Die Länder entscheiden in eigener Zuständigkeit, ob dieser Unterricht innerhalb oder außerhalb des Verantwortungsbereiches der Kultusverwaltung steht." und

"Es wird den Kultusverwaltungen der Länder empfohlen, mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der in Betracht kommenden Ausländergruppen sachdienlichen Kontakt zu pflegen." Aber "da die Schulpflicht in deutschen Schulen erfüllt werden muß, ist eine Rechtsgrundlage für die Errichtung nationaler Schulen als Ersatzschulen im Bereich der Grund- und Hauptschulen nicht gegeben."¹⁴⁾

Der Zweideutigkeit in dem Beschluß entsprechen auseinandergehende Tendenzen in den verschiedenen Bundesländern. [...]

Der DGB bezieht eine klare Position. Er "widerspricht der Auffassung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, wonach u.a. der Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer nur von solchen Lehrern des jeweiligen 'Partnerlandes' gegeben werden kann, deren Auswahl und Entsendung den fremden Regierungen überlassen werden muß. Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und den Verfassungen der Länder sind auch ohne die Änderung geltender Kulturabkommen für die schulische Betreuung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer die Kultusminister der einzelnen Bundesländer zuständig. Da für diese Kinder die gleichen gesetzlichen Bestimmungen wie für die deutschen Kinder gelten, unterliegt ihr Unterricht der deutschen Schulaufsicht. Dies gilt ebenfalls für die an deutschen Schulen tätigen Lehrer.

Der DGB erwartet von der Bundesregierung und den Länderregierungen, daß sie umgehend Maßnahmen einleiten, die sicherstellen, daß:

1. Die Schulaufsicht über den Unterricht für ausländische Kinder und über ausländische Lehrer bei den Kultusministern der Länder uneingeschränkt verbleibt;
2. ausländische Lehrer also nur mit Einverständnis der Kultusminister Unterricht an deutschen Schulen erteilen dürfen;
3. ausländische Lehrer, die während des Unterrichts antidemokratische Ideen vertreten oder entsprechendes Lehrmaterial für den Unterricht benutzen bzw. dulden, von ihrer Lehrtätigkeit entbunden werden;
4. ausländische Regierungen Lehrer, die an deutschen Schulen tätig sind, nicht abberufen oder deren Abberufung verlangen können, weil sie ihren Unterricht auf der Grundlage der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland erteilen." [...]¹⁵⁾

Der "Verband türkischer Lehrer" unterstützt die Stellungnahmen der Gewerkschaften¹⁶⁾ und stellt folgende Forderungen:

1. Die Erteilung des Sachunterrichts in der Muttersprache für die ausländischen Kinder, die nicht in deutschen Regelklassen sind, sollte innerhalb des Regelunterrichts an allen Schulen, die betroffen sind, gewährleistet und einheitlich geregelt werden.
2. Der Sachunterricht sollte dem Stundenplan für deutsche Kinder entsprechen und unter angemessener Berücksichtigung des heimatlichen Stundenplans durch demokratische Lehrinhalte ergänzt werden. Entsprechende Unterrichtsmittel müssen bereitgestellt werden.
3. Die ausländischen (insbesondere die türkischen und griechischen) Eltern sollten schriftlich in ihrer Muttersprache und über Presse, Rundfunk und Fernsehen darüber informiert werden, daß niemand sie gegen ihren Willen zwingen kann, ihr Kind zum Unterricht der "Regierungslehrer" zu schicken. In dieser Information sollte das Angebot am muttersprachlichen Unterricht innerhalb des Regelunterrichts hervorgehoben werden.
4. Es muß gewährleistet werden, daß die gleichzeitige Anerkennung der hier erworbenen Zeugnisse durch die Heimatländer auch ohne eine Teilnahme am Unterricht der "Regierungslehrer" geregelt wird.
5. Das Lehrmaterial in der Muttersprache, das im Unterricht verwendet wird, darf nicht demokratischen Grundsätzen, dem Grundgesetz und der Verfassung von West-Berlin widersprechen und bedarf einer Genehmigung durch die Senatsverwaltung.

Alle demokratischen Organisationen werden aufgerufen, diese Forderungen zu verbreiten und zu unterstützen.

Anmerkungen:

- 1) Cumhuriyet (Tageszeitung) vom 18.10.1972
- 2) Yeni Ortam (Tageszeitung) vom 4.10.1972
- 3) TÖB-DER (Wochenzeitung vom "Verband türkischer Lehrer zur Unterstützung und Solidarität") vom 1.8.1972 Jh.I Nr.31
- 4) Memorandum vom 28.12.1970 in: Evangelischer Informationsdienst Berlin, Heft 3, März 1971
- 5) Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, verabschiedet vom Hauptvorstand der "GEW Landesverband Berlin" Juli 1972

- 6) Doris Diamant: Ausländische Arbeiterkinder in der deutschen Schule, in: Gastarbeiter-Analysen und Berichte, hrsg. Ernst Klee, Suhrkamp Verlag 1972, S. 76
- 7) ebenda
- 8) Vorwärts, vom 2.3.1972, S. 8
- 9) Nizam, September 1972, Organ des Kultur- und Solidaritätsvereins e.V., 1 Berlin 36, Kottbuserstr. 27
- 10) Schulprobleme der türkischen Arbeiterkinder in Europa (türk.), hrsg. Nationales Erziehungsministerium, Ankara 1970, S. 36
- 11) Diese und folgende Zitate sind Interviews mit türkischen Lehrern entnommen (Protokolle)
- 12) Werbeflugblatt eines "Regierungslehrers" Ehepaars vom 16.10.1972 an einer Kreuzberger Grundschule
- 13) Bütün derslerin kitabi, İlkokul Sinif 2, Ekim 1971, Istanbul, S. 208-216
- 14) Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Beschluß der KMK vom 3.12.71, in: Lehrer und Schule, Februar 1972, S. 10
- 15) DGB Forderungen zum Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, in: Berliner Lehrerzeitung, Nr.3/1972, S.4
- 16) Der GEW-Landesverband Berlin z.B. hat am 18.10.72 eine Resolution verfaßt, die in ihren Forderungen mit dem DGB im wesentlichen übereinstimmt und die gegen den politischen Druck protestierte, den die "Regierungslehrer" mit der Androhung des Paßentzuges auf die türkischen Eltern ausüben. (Im Dokument S. 14)

(Quelle: hektografiertes Material des Verbandes türkischer Lehrer in der BRD und in West-Berlin vom 27.10.1972)

Jürgen Ostrowsky :

BRD - Mitgliedschaft in der UNO und das südliche Afrika

Traditionell betonen die Bonner Regierungen ihre Prinzipientreue zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Im "Jahresbericht der Bundesregierung 1971" z.B. hieß es: "Die Bundesregierung war auch (!) 1971 bestrebt, an der Erfüllung der Aufgabe der Vereinten Nationen mitzuwirken. Die Politik der Bundesregierung entspricht den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen: Sicherung des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts und des Fortschritts in allen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit" (S. 180).

Dieser Anspruch wurde massiv in Frage gestellt als Anfang Dezember die ehemalige Beamtin des britischen Außenministeriums und jetzige Angehörige der Londoner Organisation "Freunde Namibias" (das von der Republik Südafrika annektierte Südwestafrika), Barbara Rogers, in scharfer Form gegen die zu erwartende Aufnahme der Bundesrepublik als Vollmitglied in die Vereinten Nationen Stellung bezog: "Ein Beitritt müsse davon abhängig gemacht werden, ob die Bundesregierung die Boykottresolution der Vollversammlung beachte, die sich gegen Auslandsinvestitionen in Namibia wendet" (Frankfurter Rundschau v. 8.12.72). Nachweislich hält sich die Bundesregierung daran ebensowenig wie gegenüber der Republik Südafrika (RSA), den portugiesischen Kolonien oder dem rassistischen Rhodesien.

Als Grund hierfür nannte die britische Politikerin das "Netzwerk (west-)deutscher Interessen, einschließlich wirtschaftlicher" (FR). Über 30 000 deutschstämmige

Siedler profitieren als Farmer, Beamte, Ingenieure und Firmenbesitzer von der Ausbeutung der "eingeborenen" Bevölkerung.

Westdeutsches Kapital findet in Namibia lukrative Bedingungen vor: reiche Bodenschätze, an deren Ausbeutung bereits Klöckner sowie u.a. die Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft teilnehmen; ein durch das Apartheid-System geschaffenes Reservoir billigster Zwangs-Arbeitskräfte, die brutale Niederwerfung von Arbeitskämpfen und politischen Streiks (vgl. AIB Nr 3/1972, man fand Massengräber von der südafrikanischen Polizei Ermordeter, Folterungen und Deportationen sind an der Tagesordnung).

Von diesen politischen Rahmenbedingungen profitieren auch deutschstämmige Schafzüchter und westdeutsche Rauchwarenproduzenten und -importeure für Karakulfelle.

Die letzte Resolution der Vereinten Nationen zur Republik Südafrika "verurteilt die anhaltende und wachsende Kooperation bestimmter Staaten und ausländischer Kapitalinteressengruppen mit Südafrika auf militärischem, wirtschaftlichem und anderen Gebieten" (Resolution 2923 E (XXVII)). Sie wurde Anfang Dezember gegen die Stimmen eines "ehernen Kerns" - der USA, Großbritanniens, Portugals und der RSA selber - angenommen.

Die Resolution "unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen aller in Südafrika am Kampf gegen Apartheid und ihre abscheulichen Folgen Beteiligten" und "bestätigt die Legitimität des Kampfes des unterdrückten

Volkes von Südafrika ... mit allen verfügbaren Mitteln". Die Solidarisierung mit dem Kampf der unterdrückten Afrikaner verbindet die Resolution mit der Aufforderung an Regierungen, Institutionen und nationale wie internationale Organisationen, "der nationalen Bewegung des unterdrückten Volkes von Südafrika ... größere Unterstützung" zukommen zu lassen. Sie appelliert an "alle Organisationen, Institutionen und Informationsmedien, ... 1973 verstärkte und koordinierte Kampagnen mit (u.a.) folgenden Zielen" zu organisieren:

- "Einstellung jeglicher militärischer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit Südafrika;
- Unterbindung aller Aktivitäten ausländischer ökonomischer Interessen ...;
- Erschwerung der Auswanderung nach Südafrika, insbesondere der von Facharbeitern;
- weltweite Sammlung von Unterstützungsbeiträgen für die Opfer der Apartheid und der Freiheitsbewegung des unterdrückten Volkes von Südafrika".

lers ab. Vielmehr hielt im letzten Sommer der SPD-Pressesprecher Schulz den Befürchtungen des CSU-Politikers Höcherl, daß ein Wahlsieg der SPD/FDP das gute Verhältnis zur RSA belasten werde, entgegen: Die Beziehungen seien nicht nur ausgezeichnet, sie würden es auch bleiben (SPD-Presse-dienst v. 25.7.1972).

Nicht nur die Praxis, auch solche Bekenntnisse strafen die offiziell so betonte Verbundenheit mit den Prinzipien der Vereinten Nationen Lügen.

Die Aufnahme der BRD in die UNO wird neue Möglichkeiten bieten, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, wenn sie unerbittlich mit ihren Pflichten als Vollmitglied konfrontiert wird.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe des AIB blieben die Verfasser des Artikels "Materialien zur polit-ökonomischen Entwicklung Tanzanias" versehentlich unerwähnt. Er wurde geschrieben von Verena Mangold und Klaus Metze.

Die Verfasser der redaktionellen Teile zum Thema Indochina waren J.v.Freyberg, F.Werkmeister und B.Schilling.



Die Bundesregierung verweigerte zwar die Übernahme von Investitions Garantien für die Uranausbeutung in Namibia durch die Frankfurter Urangesellschaft, hatte diese aber zuvor jahrelang mitfinanziert und war erst zurückgewichen als im Gefolge der Cabora-Bassa-Diskussionen dieser Fall zuviel Aufsehen erregte: Alle anderen westdeutschen Investitionen in den rassistisch und kolonialistisch unterdrückten Staaten des südlichen Afrika sind weder beeinträchtigt noch werden sie etwa seitens der Bundesregierung verurteilt, sieht man von den vorsichtigen Distanzierungen Minister Epp-

Adressenänderungen

bitte

r e c h t z e i t i g

bekanntgeben

SÜDAFRIKA

**M. Williams - Shope ,
R. E. Simons :**

Appell an die Solidarität mit den südafrikanischen Arbeitern

Der südafrikanische Gewerkschaftskongreß SACTU (= South African Congress of Trade Unions) wurde 1955 gegründet. Er vereinigt Lohnabhängige verschiedener Rassen und führt einen scharfen Kampf gegen die Apartheidpolitik des südafrikanischen Regimes. Im Gegensatz zu den "weißen" Gewerkschaften ist er verboten und seine Mitglieder werden verfolgt.

Mark Williams-Shope, der Generalsekretär der SACTU und Ray E. Simons, führendes Mitglied, wandten sich mit diesem Appell an die Internationale Arbeitskonferenz in Genf. Diesem höchsten Organ der "Internationalen Arbeitsorganisation" (I.L.O.) (Wirtschafts- und Sozialrat der UNO) gehören 115 Mitgliedstaaten an.

(Quelle: Memorandum des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses an die 57. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 7. - 27. Juni 1972)

[...]

LOHNUNTERSCHIEDE ZWISCHEN WEISSEN UND AFRIKANISCHEN ARBEITERN IN SÜDAFRIKA (S.A.)

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der weißen Arbeiter ist mehr als dreizehnmal höher als das der afrikanischen Arbeiter. Die Ursache dafür ist das Fehlen politischer Rechte für den Afrikaner; diese Tatsache wiederum ist dafür verantwortlich, daß der Afrikaner keine Gewerkschaften gründen kann, die aufgrund ihres rechtlichen Status kollektiv mit Arbeitgebern und Regierung verhandeln könnten. Damit wird der afrikanische Werktätige zu einem blo-

Ben Werkzeug in der Hand der Herrschenden; er hat keine Möglichkeit, die Meinung der weißen Wählerschaft in Südafrika zu beeinflussen.

Die Einkommensunterschiede zwischen schwarzen und weißen Arbeitern sind in der Tat sehr groß. Im Jahre 1970 bestand in der südafrikanischen Industrie zwischen den Löhnen von Gelernten und Ungelernten ein Verhältnis von fast 6 zu 1; in den USA und Kanada beträgt dieses Verhältnis weniger als 1,5 zu 1. In der Industrie und im Bauwesen ist dementsprechend der Verdienst der Weißen 5,8 bzw. 6,5 mal höher als der der Afrikaner, während im Bergbau die Löhne der Weißen fast zwanzigmal höher sind.

Die folgende Statistik¹⁾ wird dies verdeutlichen.

MONATLICHE DURCHSCHNITTS-(BAR-)VERDIENSTE DER ETHNISCHEN GRUPPEN (4. Quartal 1970):

	Monatl. Verdienst in Rand 2)	Im Verhältnis zum Verdienst der Afrikaner (Afr.=1)
Bergbau		
Weiße	360,80	19,7
Farbige	75,20	4,1
Asiaten	98,90	5,4
Afrikaner	18,30	1,0
Industrie		
Weiße	307,20	5,9
Farbige	73,60	1,4
Asiaten	77,40	1,5
Afrikaner	52,30	1,0

Bauwesen

Weißer	325,30	6,5
Farbige	109,60	2,2
Asiaten	150,40	3,0
Afrikaner	49,90	1,0

Elektrizität

Weißer	369,10	6,7
Farbige	76,70	1,4
Afrikaner	53,30	1,0

Bank- u. Baugesellschaften

Weißer	298,20	4,5
Farbige	80,40	1,2
Asiaten	106,80	1,6
Afrikaner	66,90	1,0

Zentralregierung

Weißer	282,10	6,3
Farbige	114,30	2,6
Asiaten	114,70	2,6
Afrikaner	44,80	1,0

Provinzverwaltungen

Weißer	224,30	6,2
Farbige	59,20	1,6
Asiaten	73,50	2,0
Afrikaner	35,90	1,0

Lokale Ämter

Weißer	293,60	6,5
Farbige	85,90	1,9
Asiaten	60,20	1,3
Afrikaner	45,00	1,0

S.A. Eisenbahn

Weißer	295,30	5,6
Farbige	70,00	1,4
Asiaten	53,80	1,0
Afrikaner	52,30	1,0

Landwirtschaft

Weißer - meistens Eigentümer, nur wenige Arbeitnehmer		
Farbige	12,92	1,9
Asiaten	16,03	2,3
Afrikaner	6,92	1,0

WIDERSTAND DER SCHWARZEN ARBEITER IN S.A. GEGEN GEWALTHERRSCHAFT UND UNTERDRÜCKUNG

Nach all dem Gesagten mögen die Delegierten zu Recht fragen: Was können die Arbeiter selbst tun, wie kann ihnen geholfen werden, was erwarten sie von ihren werktätigen Brüdern in anderen Ländern? Was müssen die Werkstätigen derjenigen westlichen Länder unternehmen, die in Südafrika engagiert sind? Solche Fragen können die Delegierten an uns stellen. Wir wollen versu-

chen, sie zu beantworten.

In der Erklärung zu den Grundsätzen des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses, angenommen auf der 1. Nationalen Jahreskonferenz in Kapstadt, 1956, heißt es, "... die Organisierung der Arbeitermassen für höhere Löhne, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, ist unauflöslich mit dem entschiedenen Kampf für politische Rechte und die Befreiung von allen unterdrückenden Praktiken und Gesetzen verknüpft ... Alleiniger Kampf für ökonomische Rechte ... ohne Teilnahme am allgemeinen politischen Befreiungskampf würde die Gewerkschaftsbewegung (in Südafrika) zur Nutzlosigkeit und zum Verrat an den Interessen der Arbeiter verurteilen."

Die unterdrückten Arbeiter Südafrikas haben es konsequent abgelehnt, sich der Repression zu beugen. Der Widerstandskampf im Land wird fortgesetzt; Streiks von Afrikanern beginnen um sich zu greifen an Stelle von Regierungsterror und Polizeigewalt.

REGIERUNGSSAMTLICHE STATISTIKEN MIT VERGLEICHENDEN ANGABEN ÜBER DIE ARBEITSAUSFÄLLE IN DER FÜNFJAHRESPERIODE VON 1966-70

1966 wurde in Südafrika 98mal gestreikt, 3.253 Schwarze und 1.862 Weiße nahmen an den Arbeitsniederlegungen teil; 1967 waren es 76 Streiks, an denen sich 2.874 Schwarze und 657 Weiße beteiligten; die Zahlen für 1968 lauten: 56 Streiks, 1.705 schwarze und 248 weiße Streikende; im Jahre 1969 gab es 78 Streiks mit 4.232 Schwarzen und 207 Weißen und im Jahre 1970 gab es in Südafrika 76 Streiks, an denen sich 3.303 Schwarze und 865 Weiße beteiligten.³⁾

Der Regierungsbericht fährt dann folgendermaßen fort:

"1970 gab es 18 Arbeitskonflikte, in die Bantus verwickelt waren und die ohne Arbeitsausfall beigelegt wurden. In diese Streitigkeiten waren insgesamt 588 Bantus verwickelt, im Vergleich zu 30 solcher Vorfälle im Jahre 1969, an denen 1.682 Bantus beteiligt waren. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Beamten des Bantu Labour Office konnten eine große Zahl von Beschwerden, die Anlaß zu Konflikten hätten geben können, ohne Arbeitsausfall beigelegt werden.

Bantus waren an 28 Arbeitsniederlegungen beteiligt, die nach dem Gesetz als 'Streiks' betrachtet werden können. (Bantu Labour settlement of Dispute Act, 1953). Zusammen

nahmen 2.157 Bantus an diesen Streiks teil, die hauptsächlich von Lohnforderungen und dem Verlangen nach anderen Arbeitsbedingungen ausgingen."4)

"[...] Darüber hinaus gab es 35 Streitigkeiten, die Arbeitsunterbrechungen mit sich brachten, die aber im Sinne des Gesetzes nicht als Streiks angesehen werden können. Insgesamt waren 1.053 Bantus in diese Art von Streitigkeiten verwickelt, die hauptsächlich aus Mißverständnissen herührten."5)

Dieses Bild mag durch den Hinweis ergänzt werden, daß im Regierungsbericht keine solchen Proteste aufgeführt sind, die gegen die Erhöhung von Bustarifen, gegen Zuganglücke, Mieterhöhungen usw. gerichtet waren. Denn diese Konflikte fallen nicht unter die Kategorie der Streiks oder Arbeitsniederlegungen, wie sie in den Bestimmungen der Gesetze über südafrikanische Verhältnisse in der Industrie definiert ist. (Industrial Conciliation Act and Bantu Labour (Settlement of Disputes) Act.)

Die Delegierten werden sich erinnern, daß sich gerade im vorigen Jahr beinahe wieder ein neues Sharpeville⁶⁾ ereignet hätte, als über 10.000 Arbeiter in Gelvendale, Port Elizabeth, an einer massiven Protestdemonstration gegen die Erhöhung der Bustarife teilnahmen, bei der die Polizei das Feuer eröffnete und 10 Menschen verwundete, darunter ein Mädchen von 15 Jahren.

Auch eine andere große Protestdemonstration, die in Hammersdale nahe bei Durban stattfand, wird noch in Erinnerung sein: 15.000 afrikanische Arbeiter hatten sich daran beteiligt, um gegen die Erhöhung der Bustarife zu protestieren. Die Polizei schoß und tötete einen Arbeiter; andere wurden niedergeknüppelt.

Bei der Betrachtung all dieser Aktionen von schwarzen Arbeitern in Südafrika sollten wir bedenken, was dies in einem Land bedeutet, das mit faschistischen Methoden regiert wird; in einer Zeit finsterster politischer Reaktion, die nur mit den Tagen Hitler-Deutschlands vergleichbar ist und in der schon auf den geringsten Versuch einer Arbeiterorganisation und eines politischen Protests mit der gnadenlosen Unterdrückung durch die Herrschenden geantwortet wird.

Alle diese Aktionen wurden von den Beteiligten als allgemeiner Protest verstanden, als Protest gegen das gesamte System der Unterdrückung, das von der südafrikanischen Regierung im Namen der "Rettung west-

licher Zivilisation und Kultur" vor den "Barbaren" oder der sogenannten "Ausbreitung des Kommunismus" auf dem afrikanischen Kontinent aufrechterhalten wird.

Diese Aktionen stellen einen allgemeinen Protest gegen Hunger und Elend, gegen Tuberkulose, Kwashiorkor⁷⁾ und andere Krankheiten dar, die die Kinder in einem Land des Reichtums einen frühen Tod erleiden lassen; mit diesen Aktionen sollte protestiert werden gegen die Zersplitterung Südafrikas in so viele 'stans' - Bantustans, Europeanstans, Colouredstans und Indianstans - denn das ist heutzutage die tatsächliche Lage in Südafrika. Es ist nur zeitbedingt, daß dies bisher noch nicht in einer massiven politischen Forderung und Aktion Ausdruck gefunden hat.

Die Arbeiter und all die gequälten Massen in Südafrika akzeptieren den Betrug mit den Bantustans oder der separaten Entwicklung nicht. Sogar diejenigen, die augenblicklich von der Regierung als Führer dieser Bantustans angesehen werden, akzeptieren ihn nicht. Sie wurden niemals um Rat gefragt, ihre Meinungen wurden nie berücksichtigt, die Regierung machte sie einfach zu Werkzeugen ihres Willens.

Die schwarzen Südafrikaner, die Produzenten des Reichtums dieses Landes, sind alle einig in der Ablehnung der Aufteilung Südafrikas in ethnische oder rassische Gruppen. Wir verstehen uns als Teil des ökonomischen Ganzen dieses Landes, nicht von "Bantustans" oder "Bantuhomelands", sondern von Südafrika als einer Einheit.

Man muß daher bedenken, daß wir uns verpflichtet fühlen sollten, das Schicksal von Südafrika bestimmen zu helfen, und nicht das irgendeines "stans". Wir betrachten Südafrika als unteilbare Einheit. Das ist die Politik unserer Organisation, des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses, und das ist die Politik der gesamten Befreiungsbewegung in Südafrika.

Daß wir uns mit dieser Politik den Zorn der südafrikanischen Regierung zugezogen haben, ist wohlbekannt. Südafrikanische Gefängnisse sind überfüllt mit unseren Führern und Genossen. Zehntausende von Gewerkschaftern, politischen Führern und Aktivisten gehen in südafrikanischen Gefängnissen zugrunde, weil sie es wagten, für diese Art von Politik einzutreten, die im Gegensatz steht zu der Regierungspolitik des Rassenfanatismus und der Gewalttätigkeit gegenüber unserem Volk.

Die schwarzen Arbeiter von Südafrika sind entschlossen, für diese Ziele zu kämpfen. Sie wissen, daß dies ihre historische Aufgabe ist. Aber indem sie diese Entscheidung treffen, brauchen sie Ihre uneingeschränkte Solidarität und Aktion.

Wir möchten klar und kategorisch festhalten, daß, soweit es die schwarzen Arbeiter und das Volk von Südafrika betrifft, diese wissen, daß die Hauptlast ihrer Befreiung aus dem Griff des faschistischen Terrors und der Gewalt in ihrer eigenen Verantwortung verbleibt. Gleichzeitig jedoch sind wir davon überzeugt, daß diese Verantwortung allgemein ist und ein positives Anliegen der gesamten Menschheit, ganz besonders jedoch das unserer werktätigen Brüder und ihrer Gewerkschaftsbewegungen in der ganzen Welt. Das gilt auch für Regierungen, Arbeitgeber-Organisationen, politische Parteien, Frauen und Jugendliche und für religiöse Körperschaften. Der Kampf der Arbeiter und des Volkes von Südafrika ist ein gerechter Kampf für die grundlegenden Menschenrechte, die in den Verfassungen aller demokratischen Länder verankert sind. Es ist ein Kampf für die Grundprinzipien der Demokratie selbst.

Den westlichen Regierungen, Unternehmern, Werktätigen, Frauen, der Jugend und den Studenten-Organisationen, den politischen Parteien aller Art und sozialen und kulturellen Institutionen, in deren Namen die Regierung von Südafrika die westliche Zivilisation zu verteidigen behauptet, ist jedoch der Ernst der südafrikanischen Situation nicht bewußt. Wer in die Wirtschaft dieses Landes investiert, kann dies natürlich nicht sehen, solange dieses Land ein gewinnträchtiger Ort für Investitionen ist: mit niedrigen Steuern und hohen Profiten; mit afrikanischen Arbeitern ohne organisierten Schutz, die so eine Quelle billiger Arbeitskraft darstellen. Westliche Regierungen ermutigen Investoren, Geschäfte mit oder in Südafrika zu machen, da derartige Wirtschaftsbeziehungen in finanzieller Hinsicht gut kalkulierte Unternehmungen sind.

Es ist eine Tatsache, daß Südafrika, obwohl es geographisch und physikalisch zum afrikanischen Kontinent gehört und nicht Mitglied des Nordatlantik-Paktes ist, praktisch und in Wirklichkeit wirtschaftlich und militärisch ein Mitglied des NATO-Blocks ist. Was es unserem Volke antut, um es zu beherrschen und zu kontrollieren, behauptet es zur Verteidigung der Interes-

sen der Länder des NATO-Blocks zu tun - ihrer Zivilisation, Kultur, und vor allem ihrer Investitionen und ihrer riesigen Profite.

Wir möchten hier und jetzt feststellen, - und das ist keine Drohung, sondern eine unbequeme Tatsache - daß an Südafrikas Grenzen der Bürgerkrieg steht - in Mozambique, Namibia, Angola etc. -, und wenn es nicht sofort Veränderungen in Richtung auf größere politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gerechtigkeit gibt, wird mit Gewißheit ein Bürgerkrieg ausbrechen, den keine Polizei, keine Armee und keine Gewehre verhindern werden.

Antimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über anti-imperialistische Bewegungen
Asiens, Afrikas,
Lateinamerikas

In vielen Orten der BRD wird in den kommenden Wochen die Solidarität mit den kämpfenden Völkern von Angola, Guinea-Bissau und Mocambique verstärkt werden. Zur Unterstützung dieser Aktionen und Veranstaltungen hat das AIB folgende Materialien herausgegeben:

1. Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mocambique
77 Seiten
Preis: 3,50 DM,
bei Abnahme von 10 u. mehr Exemplaren: 2,80 DM
2. Wandzeitung: Solidarität mit den Völkern von Angola, Guinea-Bissau und Mocambique
DIN A 1
Preis: 1,- DM
3. Fotoausstellung 15 Fotos (DIN A 3);
Themen: Kolonialterror; Kampf der Befreiungsbewegungen; Aufbau in den befreiten Gebieten
Preis: 30,- DM,
bei Abnahme von 10 u. mehr Exemplaren 20,- DM
4. Plakat
Aufruf zur materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegung MPLA, PAIGC und FRELIMO
DIN A 1
Preis: 1,- DM

Bestellungen bei:
Antimperialistisches Informationsbulletin
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Westliche Regierungen, Arbeitgeber und Arbeiter, je die westlichen Länder in ihrer Gesamtheit werden in gleicher Weise verantwortlich sein wie die weiße südafrikanische Gesellschaft. Wir müssen dieser unbequemen Tatsache ins Auge sehen. Die Hauptverantwortung für die bevorstehenden gewaltsamen Auseinandersetzungen in Südafrika, die gegenwärtig bis an die Grenzen des Landes vorgedrungen sind, ruht vor allem auf den Schultern der Weißen Gesellschaft in Südafrika.

Es ist der Weiße Mann, der den Schwarzen Mann daran hindert, in den gleichen Städten und auf den gleichen Farmen zu leben (wie er); der ihn daran hindert, seine legitimen politischen Forderungen in der üblichen demokratischen Weise zu äußern.

Die weißen Herren Südafrikas wollen, daß die Afrikaner in das Hinterland Südafrikas zurückgedrängt werden, wo es keine Industrien und keine Arbeitsplätze gibt. Sie behaupten, daß es in den Bantu Homelands Grenzland-Industrien geben wird. Aber nach den eigenen Statistiken der Regierung haben diese Industrien in der Zeit von 1960, als man sich den Plan der Grenzland-Industrien ausgedacht hat, bis Ende 1969 nur für 81.000 afrikanische Arbeiter Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt, während danach in den Grenzlandfabriken 10.500 Weiße für leitende Funktionen eingestellt wurden.

Unsere Wünsche zur Unterstützung der Afrikaner:

(a) An die Regierungen:

Wir wünschen, daß unseren Vorwürfen durch Taten und nicht durch Worte entgegengetreten wird. Bisher haben sich die UN-Delegierten westlicher Regierungen - angeführt von Großbritannien - bei kritischen Fragen, die Südafrika betrafen, stets enthalten. Großbritannien, Frankreich, die USA, Italien und Japan haben immer diese Haltung eingenommen, sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Sich einer direkten Stellungnahme zu enthalten, bedeutet eine indirekte Unterstützung der Regierung von Südafrika und ihrer Politik.

Daher sagen wir, daß diese Regierungen ihre Position gegenüber Südafrika überprüfen müssen. Entweder sind sie für die herrschende faschistische Regierung von Südafrika

oder aber sie stehen auf der Seite des Schwarzen Volkes und stimmen gegen Südafrika. Es kann keinen dritten Weg in dieser Frage geben.

(b) An die Arbeitgeber:

Die Arbeitgeber fordern wir auf, die Existenz und die Präsenz der afrikanischen Arbeiter in ihren südafrikanischen Filialen zur Kenntnis zu nehmen. Damit meinen wir: Erkennen Sie sein Recht an, eine Gewerkschaft zu gründen; sein Recht, mit Ihnen an einem gemeinsamen Verhandlungstisch zu sitzen, und sein Recht, die allgemeinen und besonderen Probleme seiner Kollegen zu diskutieren. Hören Sie damit auf, die Polizei zu rufen, um seine Versammlungen in den Umkleideräumen Ihrer Fabrik zu sprengen, und regeln Sie Meinungsverschiedenheiten zwischen sich und Ihren afrikanischen Arbeitern, wie Sie es mit weißen Arbeitern tun. Unterstützen Sie die bei ihnen beschäftigten Arbeiter in ihrem Kampf für die völlige Abschaffung der Rassenschranke in bezug auf Löhne, Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildungschancen; für die Einführung der Lehrlingsausbildung für afrikanische Arbeiter und für Fortbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz für alle, entsprechend ihrem Anteil am Arbeitsmarkt. Zahlen Sie afrikanischen Arbeitern den gleichen Lohn wie anderen ethnischen Gruppen, die Ihr Unternehmen in Südafrika beschäftigt.

Wir wissen, daß Sie in der Lage sind, dies zu tun, und daß es kein Gesetz gibt, das Sie daran hindert.

An unsere werktätigen Brüder:

Zu unseren werktätigen Brüdern in Westeuropa, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderswo sagen wir:

(a) Unterstützt die Initiative und Aktion der UN-Vollversammlung, wie sie sich in ihrer Resolution Nr. 2671 (XXV) vom Dezember 1970 niederschlägt: Dort werden Regierungen, Organisationen, politische Parteien, Sportkörperschaften und Gewerkschaftsorganisationen aufgerufen, "den nationalen Befreiungsbewegungen des unterdrückten Volkes von Südafrika in ihrem gerechten Kampf gegen die Apartheidpolitik moralische, politische und materielle Unterstützung zu gewähren". Die Initiative der UN-Vollversammlung enthält den Gedanken, eine internationale Gewerkschaftskonferenz abzuhal-

ten, um Richtlinien für Aktionen zu erarbeiten, die die Gewerkschaftsbewegung von 1972 an gegen die Apartheid unternehmen könnte.

(b) Übt Druck auf die Arbeitgeber in Euren Land aus, die Zweigunternehmen in Südafrika unterhalten, damit sie dort afrikanischen Arbeitern die gleichen Löhne zahlen, die sie in Euren Ländern zahlen; damit sie ihnen gleiche Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten geben und ihr Recht zur Bildung von Gewerkschaften anerkennen, einschließlich des Streikrechts und des Rechts, ohne Einmischung der Regierung mit ihren Arbeitgebern kollektiv Tarifverhandlungen zu führen.

(c) In diesem Jahr, 1972, läuft eine Reihe von industriellen Tarifabkommen aus, z.B. in der Autoindustrie, der Stahl-, Maschinenbau- und metallverarbeitenden Industrie. Der Tarifvertrag der letztgenannten Industrie läuft im September 1972 aus.

Die Stahl-, Maschinenbau- und metallverarbeitende Industrie gehört zu einer Gruppe von Industriezweigen mit den höchsten Beschäftigtenzahlen. Ende April 1968 beschäftigten sie 177.522 afrikanische Arbeiter, 76.362 weiße Arbeiter, 15.746 farbige Arbeiter und 3.385 indische Arbeiter.

Aber von besonderer Bedeutung und statistisch von besonderem Interesse ist, daß, wie aus einem Bericht der "Financial Mail" hervorgeht, bestimmte Zweigunternehmen ausländischer Firmen unter den hundert größten Unternehmen (ausgenommen Bergwerke) zu finden sind, die in Südafrika als "Großunternehmen" oder "Arbeitsmarkt Giganten" klassifiziert werden. In dieser Liste stehen Murray & Roberts mit 23.300 Arbeitern, gefolgt von Dorman Long (Africa Ltd.) mit einer Beschäftigtenzahl von 10.000, Stewart and Lloyds mit über 9.000 und Metal Box, die sich rühmen, über 6.000 Arbeiter zu beschäftigen. All diese Unternehmen gehören zur Gruppe der Stahl-, Maschinenbau- und metallverarbeitenden Industrie.

In den Tarifverhandlungen von 1968 erhielten die weißen Arbeiter beträchtliche Lohnerhöhungen; ihr Stundenlohn erhöhte sich um 9 bis 14 Cents (von 86 1/2 auf 1 Rand, und von 68 1/2 auf 81 Cents); sie erhielten eine Urlaubszulage von 110 Rand, eine Nachzahlung von 60 Rand; das Prinzip des Gewerkschaftszwanges für ihre Gewerkschaften wurde eingeführt. Wo Afrikanern Lohnerhöhungen gewährt wurden, betrug sie 1/2 Cent bis 2 Cents pro Stunde. Ihr

Stundenlohn stieg von 18 1/2 auf 22 Cents. Die "Financial Mail" vom 15. März 1968 kommentierte dieses Tarifabkommen wie folgt:

" Das Stahlabkommen blutet die Schwarzen Arbeiter aus. Die Arbeitgeber haben sich den Forderungen der Weißen Gewerkschaften gebeugt und, wie vorauszusehen war, die ohnmächtigen Schwarzen Arbeiter übervorteilt"

Antimperialistisches Informationsbulletin



Das "Antimperialistische Informationsbulletin" veröffentlicht monatlich:

- + Dokumente und Selbstdarstellungen der nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (in deutscher Übersetzung)
- + Dokumente über die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten an den Völkern der "Dritten Welt"
- + Analysen allgemeiner Entwicklungsprobleme des antimperialistischen Kampfes
- + Analysen der US-Globalstrategie, der NATO-Strategie und insbesondere der Rolle der BRD
- + Karten und sozialökonomische Daten
- + Berichte über aktuelle Ereignisse und Kurzinformationen

Wir informieren u.a. über:

Ägypten - Algerien - Angola - Argentinien - Bangla Desh - Bolivien - Brasilien - Ceylon - Chile - DRV - Guinea - Guinea-Bissau - Indien - Israel - Jordanien - Kap Verdische Inseln - Kambodscha - Kongo - Laos - Mocambique - Namibia - Pakistan - Peru - Sudan - Südafrika - Südkorea - Südvietnam - Syrien - Tansania - Türkei - Uruguay - Zimbabwe

Die englische Abendzeitung "The Star" vom 30. März 1968 schrieb:

"Das kürzlich geschlossene Tarifabkommen in der Maschinenbau- und Metallindustrie bedeutet den "Ausverkauf" von mehr als 150.000 afrikanischen Arbeitern; viele von ihnen werden in den nächsten Jahren Löhne erhalten, die sie fast verhungern lassen".

Tatsächlich fanden zwei Jahre später neue Verhandlungen statt, und es ereignete sich das Gleiche. Ein ähnliches Abkommen zwischen Arbeitgebern und weißen Gewerkschaften wurde 1970 erzielt, das mehr oder weniger dem des Jahres 1968 entsprach.

Dies veranlaßte Mr. Rampona, den Organisator der afrikanischen Metallarbeiter-Union, zu erklären:

"Es gab überhaupt keinen Zweifel, daß die Löhne, die die Lohnbehörde festgelegt hatte, unrealistisch waren und die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigten ..."

"Das Tarifabkommen, das am Wochenende in unserer Industrie erzielt wurde, gesteht der großen Mehrheit der 110.000 nichtweißen Arbeiter Löhne zu, die weit unter dem monatlichen Minimum von 75 Rand liegen, das eine afrikanische Familie braucht."

(RAND DAILY MAIL, 8.6.71).

Wie kam es dazu?

(a) Weil afrikanische Arbeiter keine anerkannten Arbeiterorganisationen haben, die sie am Verhandlungstisch repräsentieren könnten;

(b) weil die weißen Gewerkschaften die Hauptforderungen aller nichtweißen Arbeiter nicht unterstützen, obwohl sie behaupten, dem Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zuzustimmen.

Dies hat Tom P. Murray, Präsident des Gewerkschaftsrates von Südafrika (TUCSA) ausgesprochen, als er 1969 erklärte:

"Die TUCSA fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit, aber sie unterstützt nicht die Hauptforderung aller nichtweißen Arbeiter, nämlich die, daß auch sie gleiche Möglichkeiten haben sollten. ... Wir müssen um jeden Preis die weißen Arbeiter vor dem unfairen Wettbewerb durch billige nichtweiße Arbeit schützen".

(RAND DAILY MAIL, April 1969).

Robert Kraft, der Wirtschaftsexperte und Stellvertretende Generalsekretär der TUCSA

erklärte 1971:

"Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die weißen Arbeiter in diesem Lande dazu geneigt, sich mit der Elite der Unternehmer zu identifizieren, und sich nicht als Mitglieder einer klar definierten Arbeiterklasse zu verstehen."

(Optima, Juni 1971)

Mr. Arthur Grobbelaar, Generalsekretär der TUCSA, erklärte auf der Konferenz der TUCSA 1971, daß "einige der lautstärksten Feinde Südafrikas" 'berufsmäßige Emigranten' seien; damit meint er alle Organisationen, die das Apartheidsystem Südafrikas verurteilen (RAND DAILY MAIL, 16.9.1971).

Wir fordern alle Industriellen auf, welche Firmen und Fabriken in Südafrika besitzen, ihre Managements dahingehend zu instruieren, daß sie eine positive und realistische Haltung zu den Löhnen afrikanischer Arbeiter einnehmen.

Wir bitten die Arbeiter, Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, die Filialen in Südafrika unterhalten, damit sie das Gleiche tun, und außerdem Druck auf den Gewerkschaftsrat von Südafrika ausüben, damit er die Unternehmer und die Regierung aufruft, zuzulassen, daß Vertreter afrikanischer Gewerkschaften während der bevorstehenden Verhandlungen persönlich die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, und damit er im Streikfalle die Forderungen der afrikanischen Arbeiter unterstützt.

LANG LEBE DIE I.L.O.,⁸⁾

LANG LEBE DAS VOLK VON SÜDAFRIKA,

LANG LEBE DIE SOLIDARITÄTBEWEGUNG ALLER PROGRESSIVEN MENSCHEN UND ORGANISATIONEN MIT DEM KAMPFE DES SÜDAFRIKANISCHEN VOLKES !!!!

Anmerkungen d. Red.:

- 1) Aus: Towards social change, Report of the SPRO-CAS Commission of the Study Project on Christianity in Apartheid Society, Johannesburg 1971
- 2) 1 Rand = 5,12 DM
- 3) Report of Department of Labour for year ending 31.12.70, Pretoria Nov. 1971
- 4) Ebd. R.P. 83/1971, S. 13
- 5) Ebd., S. 14
- 6) Am 21.3.1960 richtete die Polizei in Sharpeville ein Blutbad an, bei dem 69 Afrikaner ermordet wurden.
- 7) Kwashiokor = Mangelkrankheit aufgrund von Unterernährung
- 8) I.L.O. = Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization)

PORTUGIESISCHE KOLONIEN

Jürgen Ostrowsky :

Kapitalinteressen, Regierungspolitik und Meinungsbildung in der BRD

I. DAS BILD VON DEN "SCHWARZEN"

Das in der Bundesrepublik herrschende Afrikabild ist insbesondere von zwei Vorstellungen geprägt: Zum einen hält sich hartnäckig das von Tourismus-Exotik genährte Klischee vom "primitiven Schwarzen"; Schwarze sind meist nur in Stammeskleidung, in Kralen wohnend und Steppen durchstreifend vorstellbar. Zum anderen ist es das Image des weißen Missionars, der Kultur und Zivilisation unter den "armen Wilden" verbreitet; daß der weiße Pionier unter allen Umständen berechtigt ist, die Früchte seiner angeblich so entbehrungsreichen und aufopferungsvollen Tätigkeit zu genießen, gehört dazu. Das Streben nach nationaler Unabhängigkeit wird infolgedessen als Undankbarkeit gegenüber den Lehrmeistern ausgelegt; der bewaffnete Kampf gilt als Rückfall in Barbarei, als Bestätigung, daß Afrikaner nicht zivilisierbar, damit also Menschen niederer Klasse seien. Die Presseberichterstattung während der Kongo-Krise zu Beginn der sechziger Jahre hinterließ mit zahllosen Entstellungen und erfundenen Greuelgeschichten einen solchen, nachhaltigen Eindruck.

Heute prägen Propaganda und große Teile der BRD-Presse wiederum ein Schreckensbild, indem sie den Befreiungskampf der afrika-

nischen Völker in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mozambique sowie in den rassistisch beherrschten Staaten Rhodesien, Republik Südafrika (RSA) und Namibia als Ansturm schwarzer Horden gegen Zivilisation und "den weißen Mann" schlechthin darstellen. Konsequentermaßen diffamieren sie die Freiheitskämpfer in der Sprache der Rassisten und Kolonialisten als "Rebellen", "Terroristen", mitunter gar als "kommunistische Mordbrenner" (so das CSU-nahe "Deutschland-Magazin"); für Springers WELT sind es "sogenannte Freiheitskämpfer".

Auch die Legende von der "hart, aber gerecht" ausgeübten kaiserlich-deutschen Kolonialherrschaft in Südwestafrika lebt noch - unbeschadet der Tatsache, daß der deutsche Farmbesitz in Südwestafrika (dem heutigen Namibia) durch den Kolonialgeneral von Trotha getreu seinem Vorsatz vergrößert wurde: "Ich glaube, daß die Nation (der Hereros) als solche vernichtet werden muß". Nach diesem Prinzip schlug er den Hereroaufstand von 1904 nieder; etwa 54 000 der 70 000 viehzüchtenden Ureinwohner fielen der ersten deutschen "Endlösung" zum Opfer.

Afrikanisches Leben gilt den meisten westdeutschen Presseorganen immer noch wenig: Massaker portugiesischer Kolonialtruppen sind nur Kurzmeldungen wert. Lassen

sich dagegen Vorurteile bestätigen, so fällt man ausgiebig über zum Teil sensationell übertriebene Ereignisse her wie die blutigen Stammesauseinandersetzungen in Ruanda.

Befreiungsbewegungen entstehen noch immer so und agieren nur so, wie sich die westdeutsche und die kapitalistische Presse insgesamt - das ausschließlich vorzustellen vermag: als von Moskau gesteuert und eingeschleust. Auch dies ist nichts neues: 1939 bangte der heutige ECON-Verlagschef von Wehrenalp in einem Buch: "Was soll werden, wenn ... zu den großen Massen aufgetretter Farbiger Moskau den Funken überspringen läßt"¹⁾. Heute empfindet die RSA sich als "Bollwerk des Westens".²⁾

Desinformiertheit, traditionelle Vorstellungen mit rassistischen Zügen und Antikommunismus bilden die Elemente, mit denen eine umfangreiche Propaganda seitens regierungsamtlicher Stellen und im überwiegenden Teil der westdeutschen Presse ein Bild des südlichen Afrika ständig reproduziert, das rassistische Unterdrückung und koloniale Ausbeutung als unausweichlich erscheinen läßt. An einem Beispiel soll im folgenden näher belegt werden, wie das Zusammenspiel zwischen publizistischer Manipulation, regierungsamtlicher Apologetik und Propaganda der interessierten Kreise dazu dient, die tatsächlichen Zusammenhänge zu verschleiern.

II. VERSCHLEIERUNG NEOKOLONIALER INTERESSEN

Die Argumente, mit denen in der Öffentlichkeit der BRD die Beteiligung westdeutscher Konzerne am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes gerechtfertigt wird, sind hervorragend geeignet, typische Formen der Verschleierung neokolonialer Aktivitäten darzustellen:

1. Das Argument der "Vertragstreue" - "Furcht" vor Regreßforderungen

Forderungen an die sozial-liberalen Bundesregierungen, ihre Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt aufzugeben bzw. die Bürgschaften zurückzuziehen, wurden bisher stets mit dem Argument beantwortet, schon 1967 sei (von der Regierung der großen Koalition) die Zusage erteilt worden, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KW) in Aussicht gestellten Exportkredite mit Bundesbürgschaften abzusichern (die über

die Hermes-Kredit AG und die Deutsche Revisions- und Treuhand AG abgewickelt werden). Außerdem "bestehe keine Notwendigkeit und keine rechtliche Handhabe, (die Zusage) zurückzuziehen" (FR v. 31.7.71).

Minister Eppler führte Bedenken darüber an, daß man hohe Regreßforderungen zu erwarten habe und Frankreich verärgern würde (das gleichfalls mit Krediten an seine beteiligten Konzerne aushalf). Dies wurde behauptet, als hätte es nie das Röhrenembargo gegen die Sowjetunion gegeben (1962 hatte die Bundesregierung auf Druck der US-Regierung vertraglich zugesicherte Stahlröhrenlieferungen an die UdSSR unterbunden.); Epplers Argument wurde nicht glaubwürdiger dadurch, daß der schwedische ASEA-Konzern, der sich auf Proteste der Öffentlichkeit hin - wie später noch ein italienisches Unternehmen - aus dem Projekt zurückgezogen hatte, völlig unbehelligt von irgendwelchen Regreßforderungen geblieben ist. Im Gegenteil: Die "Afrika Post", Organ der Propaganda-Kolonie "Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft", vermutete richtig, daß BRD-Firmen die freiwerdenden Anteile anstandslos übernehmen würden (Nr.9/1969).

2. Politik und Wirtschaft haben nichts miteinander zu tun.

Wie der frühere Kanzleramtsminister Ehmke formulierte, hat sich die Regierung bei der Behandlung der Cabora-Bassa-Frage" von der Erfahrung leiten lassen, daß man Handel und Politik nicht ohne Not koppeln soll" (FR v. 11.9.70). Da diese Not nicht bestehe, sehe man auch nicht ein, politische Erwägungen mit den "rein wirtschaftlichen" der Kreditfinanzierung zu verbinden. Zudem bestünden "angesichts des privaten Charakters der (west-)deutschen Beteiligung kaum staatliche Einwirkungsmöglichkeiten".

Doch die oft wiederholte Behauptung, bei dem Bauauftrag handele es sich um ein "rein privates" Unterfangen, erweist sich schnell als Zwecklüge:

Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt den Konzernen Kredite aus Steuermitteln. Der von ihr gewährte Kredit von 285,6 Mio DM wurde danach abgesichert durch die Zusage der Bundesregierung, eine Bürgschaft aus (steuerlichen) Bundesmitteln zu übernehmen. Diese "Sozialisierung" des "privaten" Risikos kam wiederum nicht von ungefähr zustande.

AEG, Siemens (beide vielfältig miteinander verflochten) und BBC entwickelten seit Beginn der sechziger Jahre in einer "Arbeitsgemeinschaft HGÜ" das für die Leitungen von Cabora Bassa zur RSA vorgesehene Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsverfahren; die Baufirma Hochtief gehörte bis 1970 teilweise zur AEG. Das fünfte Unternehmen, die Maschinenbaufirma Voith GmbH, nimmt kraft der Person ihres Vorsitzenden, des Senators Hugo Rupf, eine Schlüsselstellung in jenen Gremien ein, die für die Erteilung des Kredites volle und der Bürgschaft teilweise Zuständigkeit besitzen, in den Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräten der Kreditanstalt und der Hermes-Kreditversicherungs AG, einer Tochtergesellschaft des Allianz-Versicherungskonzerns.

In den Aufsichtsräten der fünf Cabora-Bassa-Firmen sowie der Kreditanstalt und der Hermes AG residieren, angefangen mit Hermann Josef Abs, dem Vorstand des KW-Verwaltungsrates zu jener Zeit und Siemens-Aufsichtsrat, 32 Monopolvertreter, die insgesamt 40 Mandate in diesen sieben Gremien wahrnehmen, dazu aber mit nochmals 105 Mandaten in verschiedenen Gremien von weiteren 34 Banken, Versicherungs- und Industrieunternehmen vertreten sind. Diese Industriemagnaten üben in der KW und der Hermes AG ihre Mandate zusammen mit Vertretern der Bundesregierung, Lobbyisten diverser Interessenverbände sowie Ländervertretern aus. Hiernach erscheint der Entscheidungsgang zugunsten der schließlich beteiligten Firmen nur konsequent.

Die Bundesregierung hatte mit dem Vorwand, es handele sich um eine "Privatangelegenheit", ihre Verantwortung für die Beteiligung am Cabora-Bassa-Bau zurückzuzweisen versucht; eine "theoretische" Untermauerung für ihre "Nichtzuständigkeit" sollte die These: "Politik und Wirtschaft haben nichts miteinander zu tun" liefern.

"Ausfuhrbürgschaften sind ein Instrument der Exportförderung und keine politischen Liebeserklärungen", hatte Ex-Minister Schiller die "Neutralität" von ökonomischen Tatbeständen umschrieben (FAZ v. 5.2.71). (Eben diese "Neutralität" ermöglichte es ihm auch, in Verhandlungen über seine berufliche Zukunft³⁾ mit dem Großprofiteur rassistischer Ausbeutung, dem Tabakkonzernboß Anton Rupert aus der RSA einzutreten). 1968 hatte Brandt, damals Außenminister Bonn, auf Fragen nach der Unterstützung des südafrikanischen Rassismus durch Lieferung westdeutscher Investitionsgüter und

Tolerierung der auflaufenden Handelsbilanzdefizite der RSA mit der BRD geantwortet, "daß die Bundesrepublik als Industrieland ein legitimes Interesse am Handelsverkehr mit Südafrika, Angola und Rhodesien (das damals bereits einem UN-Handelsboykott unterlag, d. Verf.) habe. Handel sei keine Schande und Vorwürfe deswegen müsse die Bundesrepublik eben tragen (FAZ v. 29.3.68).

1970 erklärten die Cabora-Bassa-Firmen, es läge ihnen "fern und sie maß(t)en sich auch nicht an, Politik zu betreiben. Nur mit einer politisch neutralen Haltung könnt(en) sie eine Tolerierung ihrer Tätigkeit in aller Welt erwarten" (Übersee-Rundschau Nr. 7-8/1970, S. 14).

Dieser Versuch, ökonomische Probleme als "rein wirtschaftliche" der Diskussion zu entziehen und ihnen eine unbeeinflussbare Eigengesetzlichkeit über "allem politischen Streit" zu verleihen, fand seinen Niederschlag auch in der Presse.

3. Der Cabora-Bassa-Staudamm und ähnliche Projekte nützen den "Entwicklungsländern" ...

Es liege "im Interesse aller Nationen, auch der Entwicklungsländer, ... , wenn der internationale Handel sich ungehemmt von Schranken und Behinderungen aller Art entfalten"⁴⁾ könne, formulierte Minister Ehmke. Und: "die beteiligten deutschen Firmen" hielten "es für ihre Aufgabe, Handel zu treiben und durch Erschließung und Pflege der Exportmärkte die Interessen ihrer Unternehmen, der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft zu fördern" - in dieser Reihenfolge (Übersee-Rundschau Nr. 7-8/70, S. 14).

Zwar "muß in Rechnung gestellt werden", schrieb ein Apologet des Cabora-Bassa-Unternehmens (im Wirtschaftsteil der FR), "daß deutsche Unternehmen nicht Moralapostel für die Durchsetzung humanitärer Gesellschaftspolitik in Ländern sind, die in dem Punkt nicht gerade mitteleuropäischem Standard entsprechen. Daneben erscheint es äußerst inhuman, gerade den Ärmsten der Armen eine ordentliche Wasser- und Stromversorgung vorzuenthalten, bis sich auch das 'System' geändert hat. Zwingt nicht Folgerichtigkeit zu der Erkenntnis, daß erst nach Linderung der größten Not und eines damit einhergehenden steigenden Bildungsniveaus echte (?) Kräfte zur Beseitigung totalitärer Systeme und zur Einrichtung freiheitlicher Gesellschaftsordnungen aufgebaut werden können? ...

Nach der Kosteninflation der vergangenen Jahre haben die deutschen Firmen am Sambesi nur noch geringe Gewinnspannen. Das gehört mit Fug und Recht zu ihren Risiken. Profitgier kann sie also nicht zur Erfüllung ihrer Aufträge treiben. Es ist das gegebene Wort und die hier mögliche Anwendung neuer Techniken, deren Beherrschung internationalen Standard verbürgt, die einen Abbruch der Arbeiten nicht erlauben. Die Diskussion um Cabora Bassa geht weiter. Sie sollte realistischer geführt werden, sich nicht weiter im emotional Unwägbareren bewegen. Sachlichkeit hat Vorrang" (FR v. 10.4.72).

Das heißt offensichtlich: Die in den Kolonien herrschenden Bedingungen sind zwar anfechtbar, aber das hat bei wirtschaftlichen Entscheidungen keine Rolle zu spielen (aufschlußreich ist nebenbei, wie die Inhumanität des portugiesischen Kolonialismus zynisch verharmlost wird). Wer auf die Tatsache verweist, daß der Dammbau verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner zur Folge haben wird, "bewegt sich im emotional Unwägbareren" und wird als "Moralapostel" verächtlich gemacht. Dagegen ist die Befürwortung eines kolonialistischen Projekts "sachlich". Nun braucht man nur die Begriffe "emotional unwägbar" durch den Ausdruck "politisch" zu ersetzen, und man findet dieselbe Argumentation vor wie sie von den Konzernen und der Bundesregierung Kritikern gegenüber gebraucht wird: "Wirtschaftliche Sachentscheidungen" haben nichts mit "politischen Erwägungen" zu tun, die als irrational-unsachlich diffamiert werden. Durch die Auflösung des untrennbaren Zusammenhanges zwischen Wirtschaft und Politik (der allein aus der geschilderten Verfilzung wirtschaftlicher und staatlicher Macht in den Gremien der KW und anderswo ersichtlich ist) werden aber die eigentlichen Interessen, welche die Konzerne zu ihrem Engagement bewegen, verschleiert: Wenn "Politik" aus dem Spiel bleiben soll, dann ist gemeint, daß Monopole ungestört von lästiger Kritik in der Öffentlichkeit Profite erwirtschaften wollen. Die vom FR-Autor dargestellte Selbstlosigkeit der Cabora-Bassa-Firmen widerspricht deren eigenen Bekenntnissen nur zu offensichtlich (s.o.).

Auch Staatssekretär Rohwedder vom Wirtschaftsministerium betonte am 26.8.1970 die Uneigennützigkeit der Unternehmen: Man erwarte eine Verbesserung "der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der politischen

und sozialen Lage im gesamten Einzugsbereich des umstrittenen Staudamms".

Das heißt: Fortschritt für die Afrikaner ist nur unter dem Kolonialismus möglich. Derartige Vorstellungen bilden für SPIEGEL-Autor Kogelfranz sogar den Ausgangspunkt für Überlegungen, daß der Dammbau unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der nationalen Befreiung sei. In einem Kommentar sah er "Industriewerke, dem Eigengesetz der Technik folgend, gebaut werden", Buschbewohner mit portugiesischer Zivilisation in Berührung kommen und das Bewußtsein sich entwickeln, mit dessen und des Damms Hilfe sich ein Mozambique der Zukunft bauen lassen (DER SPIEGEL Nr. 45/1971).

Wer so argumentiert, stützt freilich allein den portugiesischen Kolonialismus und die Herrschaft der südafrikanischen Rassisten, mag er es auch unter dem Deckmantel vorgeblicher Sympathie für die Befreiungsbewegung tun. Denn was bedeutet die Forderung, der Damm solle gebaut werden, die FRELIMO solle von ihrem Kampfziel ihn zu zerstören, ablassen?

Völlig aus dem Blick verloren hat dieser hervorragende Ratgeber offensichtlich, welche sozialen und politischen Verhältnisse in den Kolonien herrschen, und daß die entstehende Rohstoffindustrie gerade auf die Erhaltung dieser Zustände orientiert, um ein Heer billigster Zwangsarbeitskräfte zu erhalten. Er denkt nicht daran, nach wessen Interessen der Rohstoffabbau vonstatten gehen wird, nämlich keinesfalls nach denen der Afrikaner; wohl aber wird er dazu führen, daß die damit einbezogenen Staaten, voran die RSA, verstärktes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsbedingungen entwickeln werden. Eben- sowenig berücksichtigt er, welche Motive und Bedürfnisse überhaupt ausschlaggebend für den Dammbau waren.

Bei den ersten Beratungen des Projektes hatten bereits Stellungnahmen westdeutscher Botschaften in Afrika vorgelegen, die die später erhobenen Vorwürfe gegen den Staudammbau beinhalteten. Freilich, Bonns von ehemaligen NS-Diplomaten durchgesetzte Missionen⁵⁾ hatten einhellig empfohlen, auf die Bedenken der unabhängigen Staaten Afrikas keine Rücksichten zu nehmen (FR v. 10. 3.71). Dementsprechend trug die ablehnende Haltung Kanzler Brandts gegenüber dem Abgesandten der OAU, Präsident Kaunda von Zambia, der die Bedenken der Afrikaner in Bonn vortrug, der Bundesregierung den Bei-

fall des "Rheinischen Merkur" ein, der unter der Rubrik "Schwarzafrika" hetzte: Bonn habe "Festigkeit bewiesen, und das war eine gute Politik. Niemand wird den Argumenten der Afrikaner das Verständnis verweigern, aber dies Verständnis darf nicht so weit gehen, daß man in Gefahr gerät, sich die eigene Politik diktieren lassen zu müssen" (Rheinischer Merkur v. 23.10.70).

III. UNTERSTÜTZUNG DES KOLONIALISMUS UND RASSISMUS DURCH DIE BRD

Betrachtet man z.B. die Waffenlieferungen der BRD an Portugal und die vielfältigen wirtschaftlichen Interessen westdeutscher Konzerne, so lassen sich die Interessen an der Verschleierung dieser Tatsachen unmittelbar ableiten. Regierungen wie die der BRD (und ihre Massenmedien), die sich der "Demokratie" und der "Freiheit" rühmen, können nicht immer die Dinge offen beim Namen nennen, wie es z.B. südafrikanische Publikationen ohne weiteres können:

Cabora Bassa stellt ein Kernstück des gewaltigen Energieverbundes dar, mit dessen Hilfe die RSA ihre wirtschaftliche Vormachtstellung ausbauen und sämtliche umliegenden Länder in noch größere Abhängigkeit bringen will.

Auch die "Financial Times" ordnete den Dammbau ein in ein Konzept, "die Bindungen zwischen Südafrika und Mozambique zu verstärken ... Stärkere wirtschaftliche und politische Bande zwischen den Gebieten im südlichen Afrika sind Eckpfeiler der Verwoerd'schen Konzeption einer lockeren Konföderation in Südafrika unter der Führung der Südafrikanischen Republik" (eine Konzeption, die sich bezeichnenderweise F.J. Strauß schon vor Jahren zu eigen machte).

Das aber bedeutet, daß nicht nur Portugal noch weniger bereit sein wird, auf die Kolonie Mozambique zu verzichten, stellt sie doch eine unverzichtbare Stütze seiner eigenen Wirtschaft dar - weshalb es seinen Vernichtungskrieg gegen die Befreiungsbewegungen führt. In noch stärkerem Maße trifft dies für die RSA zu, die auf Jahrzehnte einziger großer Stromabnehmer für Cabora Bassa bleiben wird: Sie stationierte bereits 1970 Truppen im Gebiet des Dammbaues, um die Streitkräfte der FRELIMO zu bekämpfen, die ihrerseits im Sommer 1971 erstmals den Zambezi südwärts überquerten. Jede weitere Verflechtung insbe-

sondere der südafrikanischen Monopolinteressen mit der Existenz des portugiesischen Kolonialimperiums hätte - getreu der "Eingengesetzlichkeit" der Expansion des Kapitals - entsprechende "Wirkung auf die Haltung der ausländischen Regierungen gegenüber den nationalistischen Revolten" zur Folge, wie die "Financial Times" erörterte; die FAZ war ebenfalls der Ansicht, daß sich unter solchen Bedingungen "eines Tages auch südafrikanische Truppen an der 'Jagd auf Partisanen' beteiligen könnten" (nach FR v. 19.8.70), wie ja denn auch geschehen.

Portugal praktiziert diese Bindung ausländischer Kapitalinteressen an seine Herrschaft seit Beginn der Befreiungskämpfe mit beachtlichem Erfolg. Unfähig seine Kolonien aus eigener Kraft zu verteidigen, offerierte Lissabon vor allem westdeutschen Konzernen lukrative Bedingungen für Kapitalanlagen in Portugal und in den Kolonien. Die strikte Beachtung "sachlicher" Überlegungen seitens der Bonner Regierungen führte dazu, den Portugiesen dabei zu helfen, die von westdeutschen Konzernen wie Krupp in Angola getätigten Investitionen militärisch zu schützen: Bonn lieferte bis zum Sommer 1971 hunderte verschiedener Flugzeuge, Geländefahrzeuge, Handfeuerwaffen und einige Kriegsschiffe, die heute ihren Dienst in den Gewässern der Kolonien versehen. Damit ist die BRD beteiligt an jenem Vernichtungskrieg der Portugiesen gegen die Befreiungsbewegungen, der demjenigen der USA in Vietnam und Israels gegen die Palästinenser ähnelt: Dörfer werden niedergebrannt, die Bevölkerung ermordet oder in Konzentrationslager verschleppt, Gefangene gefoltert, Einsätze mit Napalmbomben und Giftgasen geflogen.

Diese Erwägungen in Rechnung gestellt, läßt sich festhalten, daß Vorstellungen wie die im SPIEGEL oder dem zitierten FR-Artikel entwickelten objektiv reaktionäre Funktion haben: Ihre Realisierung liefe auf die Liquidierung aller bereits seit langem erfolgreichen Ansätze der Befreiungsbewegungen hinaus, wie sie auf den Gebieten der Erziehung, der medizinischen Versorgung praktiziert werden. Sie bedeutete die Liquidierung der Befreiungsbewegungen selbst und ihre Auslieferung an den portugiesischen Kolonialterror; denn den Damm fertig werden zu lassen, heißt, die militärische Herrschaft der Portugiesen und RSA-Truppen unangetastet :u lassen. Oder glaubt der Verfasser erns'lich, AEG, Sie-

mens & Co. bauten einen Staudamm für ein befreites Mozambique unter FRELIMO-Führung (das diesen Bau gar nicht finanzieren könnte)? Der Logik dieser "Sympathisanten" zu folgen, hieße, die afrikanische Bevölkerung auf unabsehbare Zeit dem Kolonialismus auszuliefern, ihren Leidensweg zu verlängern. Es hieße letztlich, die gesamte Befreiungsbewegung im südlichen Afrika an entscheidender Stelle, in einer entscheidenden Phase, unendlich zurückzuwerfen, ihre Organisationen zum Verrat an ihren Zielen und zur Kapitulation zu bewegen.

Anmerkungen:

- 1) E.Barth v. Wehrenalp, Europa blickt nach Afrika, Berlin 1939, S. 305
- 2) Monatsbericht aus Südafrika Nr. 53(1969), S. 14
- 3) Im Sommer 1972 verhandelte Karl Schiller mit dem Konzernchef A. Rupert über eine Anstellung als Präsident einer zu gründenden "Entwicklungsbank" für Afrika.
- 4) Ehmke scheint auch UN-Handelsboycottresolutionen nur als "Hindernisse" zu empfinden; gegen die RSA wurden bereits mehrere beschlossen.
- 5) Vgl. die Dokumentation im "African Communist" No. 48 (First Quarter 1972), p. 95 - 98.

KURZINFORMATION

TUNESIEN/BRD: Alfons Müller-Wipperfürth, der jüngst seinen Wohnsitz von Monte Carlo nach Tunesien verlegte, hat dort mit der in Luxemburg existierenden Konzernteilholding Sinpar SA eine Hosenfabrik gegründet, die bis Ende des Jahres 1973 eine Produktion von 4 000 Hosen pro Tag erreicht haben wird. 90 % der Produktion sind für den Export bestimmt. Wie die FAZ berichtet, werden die "Zollfreiheit für tunesische Produkte, extrem niedrige Löhne und ein großes Entgegenkommen der tunesischen Regierung" es Müller-Wipperfürth erlauben, die ostasiatischen Konkurrenten zu schlagen. Die FAZ, die mit dem Untertitel: "Produktion bei extrem niedrigen Kosten und gesetzlichem Streikverbot" über Bilanz und Vorhaben des Textilkonzerns berichtet, nennt noch weitere "Vorzüge" der Produktionsverlagerung: "Mit der neuen Anlage soll gleichzeitig den europäischen Gewerkschaften demonstriert werden, daß der Konzern bei allzu hohen Lohnforderungen ausweichen kann. In diesem Sinne begrüßt Müller-Wipperfürth ganz besonders das gesetzliche Streikverbot in seiner neuen afrikanischen Heimat. Im italienischen Ossona hat er im vergangenen Jahr bereits kurzen Prozeß mit den Streikwilligen gemacht. Das Werk wurde leergeräumt, die Maschinen abtransportiert und die Fertigung beendet. Außer Nerven hat ihn das nach seinen Angaben nichts gekostet." Und lapidar kommentiert die FAZ: "500 Mitarbeiter sind dort überzählig geworden." (FAZ, 14.12.72)

deutsche Investoren, die deutsches Kapital in Kenyas Wirtschaft arbeiten lassen." Damit soll im Anzeigenteil der "WELT" das Interesse kapitalkräftiger Investoren an Auslandsanlagen geweckt werden.

Westdeutsche Kapitalgeber und Kommanditisten der "Kenya Hotelprojekt und Landentwicklungsgesellschaft" (München) sind Miteigentümer der in Bau befindlichen "Tropicana Beach Hotelurbanisation Mombasa, Kenya", der modernsten Küstenhotelanlage Ostafrikas und kommen als solche in den Genuß folgender Vorteile:

"Volle Rücktransfergarantie des investierten Kapitals und der Erträge durch Gesetz der Regierung von Kenya, dem 'Foreign Investment Protection Act' von 1964", "steuerermindernde Zuweisung : 151,2 %, durchschnittliche Rendite nach Anlaufphase: 21,2 %."

Das Interesse an den offen dargelegten extrem günstigen Investitionsbedingungen westdeutscher Kapitalanleger in unterentwickelten Ländern wird in einen Mantel humanitärer Motive gehüllt - und entlarvt somit das in der BRD vorherrschende Verständnis von Entwicklungshilfe:

"Eines Tages, wenn die Welt noch näher zusammengerückt sein wird, werden diese Kinder (gemeint sind afrikanische Kinder, d. Verf.) uns, die wir heute auf der Sonnenseite wirtschaftlicher Möglichkeiten leben, daran messen, ob wir ihnen eine Chance gegeben haben, am Reichtum der Welt und am Wohlstand teilzuhaben. Durch ihre Beteiligung leisten Sie auch einen persönlichen Beitrag zur Entwicklungshilfe, der von der

Bundesrepublik Deutschland und Kenya begrüßt und gefördert wird." (Die Welt, Nr. 270, 18.11.1972)

NATO/RSA: Ende November konferierten 200 NATO-Parlamentarier in Bonn darüber, wie die westliche Allianz möglichst unauffällig den Entspannungsbemühungen der sozialistischen Staaten und westlicher progressiver Kräfte entgegenwirken könne. Obwohl zur gleichen Zeit der Oberkommandierende der britischen Kriegsmarine, Admiral Ashmore, in Kapstadt darauf hinwies, daß von einer aktuellen Bedrohung westlicher Interessen durch die sowjetische Flotte im Indischen Ozean keine Rede sein könne, verabschiedeten die Parlamentarier eine Empfehlung, in der sie sich für eine Ausweitung der militärischen Aktivitäten des Alliierten Oberkommandos Atlantik über den nördlichen Wendekreis hinaus auch in den Südatlantik und in den Indischen Ozean aussprachen. Dies wurde mit der von dem britischen Admiral in Abrede gestellten sowjetischen Bedrohung der Ölversorgung des Westens begründet. Ferner sah ein Geheimbericht des Militärkomitees der parlamentarischen Versammlung der NATO eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Republik Südafrika vor. Damit haben die NATO-Staaten erneut einen kollektiven Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen status quo in Südafrika geleistet, da die außenpolitische Anerkennung auch eine innenpolitische Stärkung des Apartheidregimes bedeutet. Strategisch stellt dieser Vorstoß nach Süden den Versuch dar, die von kapitalistischen Interessen beanspruchten Einflußzonen militärisch abzusichern. Der Antikommunismus hat die Funktion, die eigene politische und militärische Aggressivität zu verdecken. (Vgl. The Star (Johannesburg), 25.11.1972, SZ 25./26.11.1972)

RHODESIEN: Nach dem Parteikongreß der regierenden Rhodesian Front im September dieses Jahres verschärft sich offensichtlich der reaktionäre innenpolitische Kurs unter Premierminister Ian D. Smith, der dadurch gekennzeichnet ist, daß sich das weiße Minderheitenregime in seiner politischen Praxis beschleunigt dem südafrikanischen Apartheid-Modell annähert. Unter dem Schlagwort der "provincialisation" bewegen sich die rhodesischen Rassisten auf die Ausformung einer politischen Verfassung zu, in

der die Afrikaner beschränkte politische Rechte in halbautonomen, nach dem Land Tenure Act von 1969 begrenzten Landgebieten besitzen sollen und in der - ähnlich wie in den südafrikanischen Reservatsverfassungen - die zur Zusammenarbeit bereiteten Häuptlinge ein politisches Übergewicht innehaben sollen. Diese Stützung der traditionellen Elemente der afrikanischen Bevölkerung erscheint dem Smith-Regime notwendig, um gegen den demokratischen Druck der Afrikaner, wie er sich in ihrer Ablehnung der britisch-rhodesischen Vorschläge zu einem Übereinkommen vom 24.11.1971 manifestierte, die willfährigen politischen Gegenkräfte zu stärken. Weitere Momente der politischen und ökonomischen Unterdrückung der Afrikaner nach südafrikanischem Muster finden sich in der kürzlich verabschiedeten African Affairs Amendment Bill, die die bereits bestehende Kontrollmöglichkeit öffentlicher Versammlungen von Afrikanern verstärkt; die Vagrancy Amendment Bill reguliert die Wohnrechte von Afrikanern in den städtischen Gebieten der Weißen: Dieses Gesetz ermöglicht es, als "unerwünscht" angesehene Personen aus den städtischen Gebieten auszuweisen, ebenso solche Personen, die das Gesetz als "vagabundierende" definiert und unter denen es "arbeits-scheue" und "unbotmäßige" Personen versteht, "die keinen gesetzlichen Wohnsitz in der betreffenden Gegend haben oder arbeitslos sind". "Zuwiderhandlungen" gegen diese gesetzlichen Vorschriften können mit Gefängnis bis zu 12 Monaten bestraft werden. Um diese Gesetze wirksam anwenden zu können, bereitet die rhodesische Regierung die Verabschiedung eines Paßgesetzes vor, nach dem es strafbar ist, wenn ein Afrikaner in einem weißen Gebiet die notwendigen Ausweispapiere nicht bei sich trägt. Der Trend, die rassistische Diskriminierung zu verschärfen, zeigt sich ferner in gesetzlichen Bemühungen, für Afrikaner und Weiße getrennte Einrichtungen zu entwickeln (Verkehrsmittel, Bäder usw.), ferner in dem Versuch, für Afrikaner gesetzliche Zugangssperren in bestimmten Beschäftigungsbereichen zu verankern. (Vgl. The Star (Johannesburg), 4.11., 2.12.1972)

INDIEN: Gegen die Ausbeutungspraktiken der westlichen Erdölkonzerne Burmah-Shell, Esso und Caltex haben die Mitglieder und Anhänger der KP Indiens, fortschrittlicher Gewerkschaften und Massenorganisationen zweitägige Massenaktionen durchgeführt.

Die Forderung nach Nationalisierung der Betriebe dieser Konzerne wurden mit Demonstrationen vor den Tankstellen der Erdölkonzerne und einem Sitzstreik vor dem Erdölministerium in Neu-Delhi nachdrücklich vertreten.

Die drei Konzerne haben - nach "New Age" - in den vergangenen 14 Jahren über 10 Mrd Rupien Profit an ihre Muttergesellschaften transferiert; ihr Stammkapital in Indien beträgt nur 220 Mio Rupien.

Als die indische Regierung Anfang des Jahres eine Preiserhöhung zurückwies, schränkten die Raffinerien von Shell, Esso und Caltex ihre Produktion drastisch ein, lehnten es gleichzeitig ab, von der nationalen Indian Oil Company importiertes Rohöl zu verarbeiten und versuchten, die Versorgung der staatlichen Raffinerien zu sabotieren. (ND 13.11.72)

BRD/VIETNAM-SOLIDARITÄT: Im November 1972 besuchte eine Delegation des Marburger ASTA die Botschaft der DRV in der DDR. Bei diesem Treffen wurden u.a. Fragen der nationalen und internationalen Bündnispolitik unter den Aspekten einer breitest möglichen Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas diskutiert. In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des 1. Botschaftsrates, Pham van Kim, über Form, Losungen und Parolen des Solidaritätskampfes in der BRD von besonderem Interesse. Er betonte, daß sich das vietnamesische Volk grundsätzlich über jeden, der sich am Solidaritätskampf beteiligt, freue. Den ML- und AO-Gruppen müsse aber erklärt werden, daß der Vietnamkrieg auf keinen Fall dazu ausgenutzt werden dürfe, um wichtige und feste Bündnispartner wie die SED, SEW oder die DKP zu verleumden und bestimmte sozialistische Bruderländer wie die DDR oder die Sowjetunion zu bekämpfen ... Losungen wie "Für den Sieg im Volkskrieg!" seien "extremistische Losungen" und "übten einen schlechten Einfluß auf die Einigkeit der Solidaritätsbewegung aus". Solche Losungen seien "spalterisch" und brächten allein "dem Feind Nutzen". Im übrigen brauche das vietnamesische Volk keine Belehrung, "wie und unter welchen Losungen der Kampf zu führen" sei. Wer in seinen Losungen den Sozialismus in Südvietsnam auf die Tagesordnung setze, habe den Charakter der Bündnispolitik der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietsnams nicht im mindesten begriffen und kollaboriere objektiv mit dem US-Imperialismus.

USA: Nach "US News & World Report" werden die Ausgaben der USA für den Indochinakrieg seit 1965 einschließlich der für das laufende Finanzjahr eingeplanten Summen rund 135,5 Milliarden Dollar betragen. (ND 25.11.72)

BOLIVIEN: In Bolivien, einem Land mit 4,5 Mio Einwohnern, von denen die Mehrheit in unbeschreiblicher Armut lebt, sind die deutsch-bolivianischen Besitzer von Großunternehmen laut Stern die "heimlichen" Herrscher des Landes. Sie machen zwar nicht einmal 0,1 % der Gesamtbevölkerung aus, beherrschen aber nach Schätzungen der deutsch-bolivianischen Handelskammer in La Paz rund 30 % der gesamten Privatindustrie des Landes. Allein in La Paz sind die Firmen Deutscher oder ihrer Nachfahren zu 23% am gesamten Umsatz beteiligt.

Ihre Aktivität erstreckt sich auf alle Bereiche der nationalen Wirtschaft:

Sie gründeten die nationale Luftlinie, mehrere Telefongesellschaften und eine moderne Elektrizitätsversorgung.

Größter Grundbesitzer des Landes ist die Gesellschaft "Estancias Gebrüder Elsner S.A." (im Besitz der Familien Bauer und Elsner) mit 140 000 ha Weidefläche und 30 000 Rindern. Die Hauptstadt La Paz wird von ihnen mit Fleisch beliefert. Darüberhinaus gehört ihnen das größte Warenhaus in La Paz, und die Familie Bauer ist über das Handelsunternehmen "Hansa-Limitada" mit dem Deutschen Gerhard Kyllmann liiert.

Die größten Firmen des Landes befinden sich in der Hand der Brüder Oskar und Erwin Gasser in Santa Cruz mit einem Buchwert von 25 Mio Dollar. 5 400 t Rohzucker und 2 t Hefe für Rinderfutter werden täglich in ihren Werken produziert. Sie besitzen die größte Schnapsbrennerei des Landes mit einer Tagesproduktion von 20 000 l und eine 80 000 ha große Rinderfarm in der Provinz Beni. Die Stadt La Belgica mit ihren 100 000 Einwohnern, vor allem Arbeiter der Gasser-Unternehmen, ist vollständig von diesen Großunternehmern abhängig.

Die Herrschaft dieser ungekrönten Könige geriet erstmals ins Wanken, als es durch eine gemeinsame Aktion junger Offiziere der Luftwaffenbasis "El Alto" unter Führung des Generals Juan José Tórrrez Gonzales mit dem bolivianischen Gewerkschaftsbund COB (Central Obrera Boliviana), den Bauernverbänden

und den Studenten der San-Andrés Universität in La Paz gelang, eine progressive Regierung zu bilden. Die Bildung einer Volksversammlung, die Landbesetzungen in der Ostregion des Landes und die geplanten Verstaatlichungen bedeuteten eine ernsthafte Bedrohung für die deutsch-bolivianischen Besitztümer.

Als deshalb rechtskonservative Offiziere unter Führung des Obersten Hugo Banzer Suarez (ebenfalls deutscher Herkunft) einen Putsch vorbereiteten, fanden sie nicht nur die Unterstützung des US-Kapitals und des CIA, sondern auch die der deutsch-bolivianischen Großunternehmer:

Über hunderttausend Dollar spendeten sie den Putschisten und versteckten zeitweilig Hugo Banzer Suarez, den jetzigen Präsidenten. Als nach dem gelungenen Putsch diese massive Unterstützung bekannt wurde, hatten die Spender angeblich keine Ahnung und bezeichneten sich als völlig unpolitisch.

"Daß das Geld für Waffenkäufe bestimmt war", gab Erwin Gasser freimütig Reportern der Illustrierten Stern gegenüber zu, "das haben wir alle gewußt, denn eine Revolution macht man nicht mit Bratwürstchen." (Vgl. auch AIB Nr 4/1972 u. Nr 9/1971). Der Terror der Militärjunta Hugo Banzer stört sie wenig. Ihre Geschäfte werden dadurch nicht

beeinträchtigt. Erst der Generalstreik Anfang November dieses Jahres als Protest gegen eine 66,6%ige Abwertung des Peso versetzte sie in Aufregung: "Wenn in Bolivien noch einmal eine Linksregierung ans Ruder kommt", so Oky Gasser, "dann schneiden die uns allen die Gurgel durch." (STERN Nr. 51/1972)

PERU: 2 227 Latifundien mit insgesamt 4.415.000 Hektar sind bis September 1972 aufgrund des Gesetzes über die Agrarreform in Peru nationalisiert worden. Davon wurden bisher 2,5 Mio ha an mehr als 96 000 Landarbeiter- und Bauernfamilien übergeben. Bis 1975 will die Regierung mehr als 300 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dadurch soll die Zahl der Unbeschäftigten von 31 % (1970) auf 23 % (1975) gesenkt werden. (ND 17.11.72)

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung

FR = Frankfurter Rundschau

ND = Neues Deutschland

BESTELLUNGEN

für das
"Antimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:
für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto
Einzelpreis: 1,50 DM
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antimperialistisches
Informationsbulletin **2/73**

bringt u.a.:

PORTUGIESISCHE KOLONIEN
Materialien des Kongresses
"Freiheit für Angola,
Guinea-Bissau und Mozambique"

TANZANIA
Bhagavan: Probleme der
sozialistischen Entwicklung
in Tanzania

PHILIPPINEN
Pomeroy: Neokolonialismus
in der Krise

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an
der Arbeit für diese Nummer beteiligt:
D. Bottenberg, B. Hebel-Kunze, V. Mangold,
G. Meyer, H. Neumann, J. Ostrowsky, K.
Rühling, J. Scheer, B. Schwiening

KONGRESS

FREIHEIT

FÜR ANGOLA GUINEA-BISSAU MOCAMBIQUE

Dortmund 13./14. Jan. 73 Reinoldi-Gaststätten Reinoldi Str. 9
Es sprechen u.a. Repräsentanten der Befreiungsbewegungen

Beginn 10.30 Uhr



Organisationskomitee

46 Dortmund · Ruhrallee 62 · Tel. 12 50 94